

Der Zimmerer.

Organ des Verbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1,50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Feslerstraße 28, I.

Nr. 24.

Hamburg, den 13. Juni 1896.

8. Jahrgang.

Lohnbewegung.

Gestrichelt wird in: Hof und Mülhausen i. G.

Platzsperrren sind verhängt in: Canstatt über das Baugeschäft von Rapp, Dortmund, Friedrichshagen bei Berlin, Lahr in Baden, Stettin, Stuttgart über das Geschäft von Hofacker, Tangermünde und Begefac.

Der Zuzug von vorstehenden Orten ist strenge fern zu halten und es ist Pflicht aller Zimmerer Deutschlands, für finanzielle Unterstützung zu sorgen.

Kameraden! Kauft die Extramarken der Hauptkasse. Geld, Geld und immer wieder Geld ist die Lösung. Die Zimmerer Deutschlands sind unbezwinglich, wenn jeder Einzelne seine Schuldigkeit thut!

An die Lokalkassierer!

Bei Durchsicht der Quartalsabrechnungen hat sich wiederum ergeben, daß einzelne Kassierer die Bekanntmachungen hinsichtlich der Einsendung von Beträgen an die Hauptkasse recht wenig beachtet haben, weshalb sich Unterzeichneter veranlaßt sieht, noch einmal darauf hinzuweisen, daß bei Geldsendungen an die Hauptkasse stets auf der Rückseite des Postabschnittes zu vermerken ist, wofür der Betrag bestimmt ist, ob für Beiträge oder für den Streifonds.

Es genügt absolut nicht, daß es mit auf der Abrechnung vermerkt ist, oder in einem Schreiben hierüber Mitteilung gemacht wird, sondern in Anbetracht dessen, daß die Abrechnungen oder die diesbezüglichen Schreiben oft später einlaufen, als die Geldbeträge, in fernem Hinweis darauf, daß die Rechnungsabschlüsse nicht sofort durchgesehen werden können, ist es absolut notwendig, die Bestimmung der Geldbeträge auf dem Postabschnitte (Kupon) zu identifizieren.

Infolge verschiedener diesbezüglicher Anfragen wollen wir nicht versäumen, noch einmal darauf aufmerksam zu machen, daß der Verkauf der Extramarken vorläufig fortzusetzen ist, um es der Hauptkasse möglich zu machen, die noch ausstehenden Kameraden in angemessener Weise finanziell unterstützen zu können.

Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß einzelne Zahlstellen oder Mitglieder in anerkannter Weise ihre Opferwilligkeit bereits bewiesen, so darf nicht unerwähnt bleiben, daß im Allgemeinen der Nothwendigkeit des Extrasteuerns bis dato nicht genügend Werth beigelegt wurde.

Eine beträchtliche Anzahl guter Erfolge haben wir aus den diesjährigen Lohnkämpfen bereits davongetragen, indem letztere fast sämmtlich zu unseren Gunsten ausfielen, aber die Kasse ist hierdurch recht empfindlich getroffen worden und ist es deshalb nothwendig, ununterbrochen Munition zu sammeln, um einerseits der Kasse wieder den nöthigen Rückhalt zu sichern, andererseits aber auch dadurch den noch in einer beträchtlichen Anzahl im Streik befindlichen Kameraden zum Siege zu verhelfen. Mit Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Ab. Römer, Kassierer.

Armuth schändet nicht!

Ein schöner Spruch! Nur darf man nicht näher zusehen, sonst erweist er sich als eitel Schwindel.

Du, reicher Mann, ziehe einmal Deinen feinen, neumodischen Rock aus und lege das abgetragene, durchlöchernte Gewand des Armen an. Ziehe Deine eleganten, wohlgeputzten Stiefel aus und stecke Deine zarten Füße in grobe, schadhafte Schuhe. Nimm Deinen glänzenden Seidenfilz vom Kopfe und bedecke Dein wohlgestriegeltes Haupt mit einem von Wind, Wetter und Straßenschmutz entstellten struppigen Wollhut. Lege Kragen, Manschetten, Schlips und Handschuhe bei Seite, laß Deinen theueren Spazierstock in der Ecke stehen, ergreife einen selbstgeschneiderten Naturprügel und wandere in die „freie“ Welt hinaus. Vergiß aber auch nicht, Dein wohlgefülltes Portemonnaie zu Hause zu lassen und dann: „Hinaus in die Ferne!“

Wenn Du wieder heimkommst, per Schub! dann kannst Du was erzählen. Du hast Dir in wenigen Tagen mehr Lebenskenntniß erworben, als wenn Du viele Jahre lang in der Bibliothek eines Professors herumgewühlt hättest. Wie ein Mittagessen für Geld schmeckt und wie es sich auf einem Nachtlager für Geld schläft, wußtest Du schon vorher; jetzt erfährst Du auch einmal, was für ein Mittagessen und was für ein Nachtlager für gute Worte zu haben ist. Und wenn Du vorher schon einen Gendarmen oder Schutzmann von anderen Menschenkindern unterscheiden konntest, jetzt erst wird Dir ihre ganze Größe klar. „Ich bin ein unbescholtener Mann, thue Recht und scheue Niemand,“ redest Du Dir vor. Aber wenn der Polizeimann sein prüfendes Auge auf Dich richtet, dann pockt doch Dein Männerherz an die Rippen. In Deinem schäßigen Gewand wird es Dir plötzlich glühheiß; Deine leeren Taschen ziehen Dich nieder und Dein knurrender Magen raubt Dir den sicheren Ton der Stimme. Armuth schändet nicht! — aber wer kein Geld hat, wird arretirt! Du glaubst wohl, man führe Dich in einer geschlossenen Droschke auf die Polizei? O nein, mein Freund, durch die ganze Stadt geht es neben dem Mann mit dem Helm her. Du magst ein Gesicht dazu machen, wie Du willst, es glaubt Dir doch Niemand, daß der Schutzmann Dein lieber Onkel sei, den Du einmal besuchen wolltest. Und wenn Du es immer noch nicht glaubst, daß Armuth schändet, dann kannst Du jetzt Deine Schande in den Gesichtern der Vorübergehenden lesen.

Aber wer kein Geld hat, kann ja zu Hause bleiben, denkst Du; da weiß man doch, daß ehrlicher Leute Kind ist, und achtet ihn als Mitbürger und Menschenbruder. Ach ja, aber „gesellschaftsfähig“ ist er nicht, und wenn ihn vielleicht Noth und Krankheit dazu zwingen, eine öffentliche Armenunterstützung anzunehmen, dann nimmt ihm der Staat und die christliche Gemeinde seine bürgerlichen Ehrenrechte. Er darf weder wählen, noch sich wählen lassen, zu all den wohlangeesehenen Versammlungen in Reich, Staat, Stadt und Dorf. Armuth schändet nicht — aber wer kein Geld hat, der hat in öffentlichen Angelegenheiten nichts zu sagen, so viel er auch vielleicht zu sagen hat. Das Gesetz hängt ihm einen Maulkorb vor. Wie

die Hunde über die Mundsperrre denken, wissen wir nicht, aber die Menschen halten sie für eine Schande!

Was für die Allerärmsten gilt, das gilt mehr oder minder für Alle, die nur so viel verdienen, als sie zur Lebensnothdurft unumgänglich brauchen. Einerlei, ob der „gemeine“ Mann in die Fremde geht, oder ob er zu Hause bleibt, nirgends sieht ihn der vornehme Herr als ebenbürtig an. Ueberall ist er ein Mensch niederer Ordnung, den man zuweilen mit herablassendem Wohlwollen, häufiger noch mit hochfahrender Grobheit behandelt. — Wer aber Geld hat, der schwimmt allerwärts oben, und gar Viele rechnen es sich zur Ehre an, ihn zu ehren.

So ist es! — So sollte es aber nicht sein! Der größte Theil der Reichthümer, die sich heute in den Händen Einzelner angesammelt haben, ist auf eine Art erworben, die vor dem Richterstuhl einer höheren Gerechtigkeit unmoralisch ist. Wer die Arbeitskraft seiner Mitmenschen kauft und ausbeutet, so daß seine Lohnarbeiter arm bleiben, während er immer reicher wird, der handelt unehrlich und schändlich. Und wer diesen Reichthum ehrt und sich vor seinem Besizer bückt, der macht sich zum Mitschuldigen des Ausbeuters. Darum Kopf hoch und Rücken grade, sobald ein Geldmensch auf der Bildfläche erscheint! Mögen die Reichen die Reichen ehren — das arbeitende Volk ehrt nur Den, der sich von seiner Arbeit nährt.

Revolutionäre Taktik.

Es liegt in dem Wesen jeder bedeutungsvollen Idee, nicht nur von ihren absichtlichen Gegnern bekämpft, sondern auch oft von Jenen, die ihr angeblich nützen wollen, in kleinlichen Ausfällen benörgelt zu werden. Angefichts dessen wundern wir uns nicht, wenn von Seiten radikal sein wollender Elemente gegen uns als gewichtiges Argument der Vorwurf, daß wir zu wenig Bestimmtheit und Energie in all unserem Handeln an den Tag legen, in's Feld geführt wird. Es mag sein, daß es mitunter recht gesinnungstüchtige Genossen sind, die allerdings mit dem komplizirten Mechanismus der gesellschaftlichen Entwicklung noch lange nicht genügend vertraut, und denen es eben deshalb viel zu langsam und schwerfällig nach vorwärts geht, die statt jene Geduld erfordernde sozialdemokratische Kleinarbeit zu machen, lieber, in heißer Thatenlust dahinstürmend, das ersehnte Endziel im Fluge erreichen möchten; und nicht selten lösen sich wohl recht brave, aber mit einer erfolgreichen Kampfweise wenig vertraute Genossen los, um — voll übersprudelnder Ungebuld — der sozialdemokratischen Partei den revolutionären Charakter abzuspochen. So gefährlich nun allerdings eine allzuweit gehende Vorsicht, die mitunter in Zaghaftigkeit und Schwäche ausartet, für die innere und äußere Entwicklung einer revolutionären Partei werden kann, so ist doch auf die nöthige Umsicht und Sorgfalt in allen taktischen und prinzipiellen Fragen Rücksicht zu nehmen, selbst auf die Gefahr hin, bei weniger klar denkenden Elementen, die sich mehr vom gefühlvollen Gemüthe, als der kalten berechnenden Vernunft leiten lassen, in den üblen Geruch einer tendenzlosen Reformpartei zu gelangen. So

sehr man bei dem Lossteuern auf ein Endziel jene unumstößliche Thatsache vor Augen zu behalten hat, daß die Weltgeschichte keine Sprünge duldet, und daß überall dort, wo solche in der Verkennung jener gewaltigen Ursachen, die wir als die Kausalität der Weltgesetze zusammenfassen, gemacht wurden, früher oder später mit eiserner Konsequenz die Reaktion ihre wüsten Orgien feierte, so sehr muß bei den jeweilig auftauchenden Tagesfragen jene Stellung eingenommen werden, die die politische Situation erheischt. So wie nicht der Soldat, der sich tollkühn in der sicheren Gewißheit einer Niederlage in das Getümmel der Schlacht stürzt, den Namen eines klugen und geschulten Kämpfers verdient, so ist auch der nur ein schlechter Politiker, der seine Haltung in allen Fragen nicht nach jenen Umständen richtet, die ein voraussichtliches Gelingen des begonnenen Werkes möglich erscheinen lassen. Gerade die Sozialdemokratie, die aus dem ehernen Gang der Geschichte gelernt und demgemäß die mögliche Tragweite eines im politischen Leben gethanen Fehltrittes zu ermessen versteht, hat Ursache, so und nicht anders zu handeln. Der Klassenstaat, der als ein in Erz gepanzelter Gegner mit seinen diplomatisch geschulten Faktoren im Vollbewußtsein seiner ihm noch innewohnenden Stärke herausfordert, gegenübersteht, ist kein Popanz, der bei einem Putsch oder radikalem Kriegsgeschrei umfällt wie die Mauern von Jericho beim lärmenden Trompetengeschmetter.

So unentbehrlich eine kraftvolle Energie im überlegten Handeln, so unentbehrlich ist die nötige kalte Besonnenheit in noch ungenügend geklärten und ventilirten Fragen. Gewiß giebt es Dinge und Vorgänge in den so hoch schlagenden sozialen Wogen der Gegenwart, die mitunter auch das Blut des kalten Politikers aus der normalen Funktion in eine momentan aufwallende Bewegung versetzen, bei welcher eben gerade jene besonnene Nüchternheit nothwendig ist, deren der kampfgeschulte Kämpfer so dringend bedarf. Gewiß sind jene Ideale, um welche der entrechtete Stand der Gegenwart ringt, opferwürdig, zum Mindesten ebenso würdig, wie sie es waren in allen für sie geführten blutigen Erhebungen, die die Geschichte kennt! Allein genug von jenen, die da gebietet, nutzlos, zum Hohne der Gegner! Wiederholt benetzte das Blut Derer, die um Freiheit rangen, die Erde, und wüste Kämpfe zieren die Annalen der Weltgeschichte, deren markerksühter Schrecken der Realisirung jener goldenen Zukunftsträume galt, die noch unerreicht den Proletarier von heute zu heller Thatenlust entflammten, und fast scheint es, als ob das schmerzlich ersehnte Götterbild der Freiheit keinen Platz auf dieser habereifüllten Erde hätte. Aber zwei Momente sind es, die uns bei Beachtung dessen festhalten.

Einmal war es nicht das systematisch geklärte Bewußtsein und die zur Vollbringung bedeutungsvoller Thaten nothwendig voranleuchtende Erkenntniß, die das Motiv zum Vollzuge einer weltgeschichtlichen Aktion bildete, sondern die durch grenzenloses Elend erzeugte Verzweiflung, die den revolutionären Geist der Bedrückung abirren ließ vom Pfad der klaren Vernunft und somit eine blinde That, die That der Verzweiflung zeitigte, die zum Schluß in grelle Disharmonie ausartete und den Sklaven neue Fesseln anlegte, bevor noch recht der erste Hauch der Freiheit die müde Brust erquickte. Und diese Gründe waren es auch, warum, als am Abend des 21. Februar 1848 etwa 50 versammelte Republikaner und Sozialisten im Bureau der „Reforme“ die Schilderhebung beschloßen, Louis Blanc mit den Worten dagegen plaidirte: „Beschließen Sie den Aufstand, wenn Sie wollen; aber wenn Sie diese Entscheidung treffen, so gehe ich nach Hause, lege Trauer an und weine über den Ruin der Demokratie.“ Und schließlich wurde am folgenden Tage in der „Reforme“ die Warnung verlautbart: „Männer des Volkes, laßt Euch morgen nicht zur Tollkühnheit hinreißen!“

Anderentheils aber ist jenes auf die Menschheitsgeschichte einfließende Naturgesetz, das keine Ueberstürzung duldet. So wie sich beim organischen Lebewesen in bestimmter Reihenfolge

Glied für Glied bildet, kennt auch der große komplizierte Organismus der Gesellschaft kein schablonenmäßiges Zurechtfinden, sondern bestimmt Form und Gestaltung im Laufe einer allmähigen Entwicklung. Man mag nun jene vorhin erwähnten Gesichtspunkte ganz außer Acht lassen und jene Macht, die zum Gelingen einer gewaltigen That erforderlich, als gegeben betrachten, so erblicken wir vor uns den Menschen als Produkt seiner Verhältnisse, der sich mit seinem Durchschnittscharakter weder unter, noch über diese zu erheben vermag. Nehmen wir den Menschen, dessen ganze psychische Persönlichkeit den unverletzlichen Stempel seiner Zeitpoche an sich trägt, versetzen ihn in den idealen Zustand eines geträumten Paradieses, und er wird die Wohlthaten desselben momentan nicht zu begreifen vermögen.

Der Realismus des Lebens übt Bestimmung über den seelischen Zustand eines Jeden, und der Mensch, als Repräsentant der ihn umgebenden Verhältnisse, verliert nun langsam die erhaltenen Eindrücke, und erst allmähig bildet sich an ihm der Typus einer anderen Gesellschaftsform. Und daß an den Menschen selbst die besten Pläne scheitern können, hat die Geschichte wiederholt bewiesen. Gewohnt, gleichsam an dem alten Ueberlieferten zu hängen, bildet in ihm der ererbte Begriff, die chinesische Mauer, an der sich die widerstandsfähigste Idee in ihrer ganzen Vollkommenheit bricht, weshalb bei jeglicher Umformung der Gegenwart auf die diesbezügliche Einflußnahme auf den Menschen selbst das Hauptgewicht gelegt werden muß. Dazu bemerkt auch ganz treffend W. v. Humboldt: „Bei jeglicher Umformung der Gegenwart muß auf den bisherigen Zustand ein neuer folgen. Nun aber bringt jede Lage, in welcher sich die Menschen befinden, jeder Gegenstand, der sie umgiebt, eine bestimmte feste Form in ihrem Innern hervor. Diese Form vermag nicht in jede selbstgewählte Überzuegehen, und man verfehlt zugleich seinen Endzweck und tödtet die Kraft, wenn man ihr eine andere unpassende aufdrängt.“

Von diesem Gesichtspunkte aus ist es aber auch ein sonderbares Beginnen, wenn von verschiedenen Seiten die politische und gewerkschaftliche Schulung der Massen und das Bestreben, die wirtschaftliche Lage noch innerhalb des Rahmens der heutigen Gesellschaft zu bessern, als nutzlos und mitunter als zweckwidrig bezeichnet wird.

Das Volk, welches wie Heine sagt, nur Thatsachen, nur Fakta versteht und am liebsten durch solche spricht, wäre gewiß blindlings zu einer sogenannten revolutionären That viel früher zu haben, als zu einer langsamen, ermüdenden Kleinarbeit. Die Sozialdemokratie hat eben deshalb als Anwalt der Enterbten neben der Begeisterung und der Energie ihrer Angehörigen die Besonnenheit wach zu halten, um zu bemerken, daß die Geschichte nicht umsonst ihre lehrreichen Beispiele geliefert haben.

Jene weltgeschichtlichen Revolutionen der Vergangenheit, deren reaktionäre Rückschläge so oft von den Gegnern als Beweis für die utopistischen Träume der Gegenwart in's Treffen geführt worden, sind deutliche Argumente dafür, daß jede neue Gesellschaftsorganisation Stück für Stück in harmonischer Gliederung in Fleisch und Bein des Volkes übergehen muß, wenn der in ihr ruhende Segen nicht zum verhängnißvollen Fluche für die Menschheit werden soll.

Diese Thatsachen sind der Wegweiser für die Taktik unserer Bewegung. Jene realen Mächte, die das Produkt einer Jahrhundert alten Entwicklung, erfordern Ausdauer, thatkräftige Energie, aber auch leidenschaftslose klare Besonnenheit, was neben strengster Wahrung des revolutionären Charakters jenen weitsichtigen Blick des erfahrenen Seemanns, der mit fühlbarer Berechnung die sagenhaft verführerischen Nixenklänge, wie das dumpfgrollende Rauschen der Wogen zu beurtheilen vermag, — erfordert. Dadurch darf allerdings nie die revolutionäre That am rechten Plage im Hintergrunde bleiben, und mehr denn je muß mit dieser wachsenden Klarheit den herrschenden Klassen das für sie schreckliche Bewußtsein dämmern, daß

mit kalt berechnender Vernunft der Riese Proletariat jene ruhig abwartende Haltung einnimmt, die ihm den endgültigen Sieg über die bestialische Unordnung der Gegenwart verbürgt. Deswegen ist Kühnheit, Ausdauer und Besonnenheit im Kampfe die Vorbedingung zur wahrhaft revolutionären Taktik.

Fr. L.

Politik und Gewerkschaften.

Zu dem Berliner Gewerkschaftskongreß äußert sich die konservative Wochenschrift „Die Grenzboten“. Wir geben aus dem bezüglich der Stellung der Behörden gegenüber den Gewerkschaften sehr beachtlichen Artikel folgendes wieder, ohne Alles zu unterschreiben, was darin gesagt ist. Es heißt da: Mit der Thatsache, daß in Deutschland die Gewerkschaftsbewegung der Parteipolitik untergeordnet wird, hat es seine Richtigkeit, aber dieser Zustand ergiebt sich unvermeidlich aus unseren politischen Verhältnissen. Wollten die neuen Gewerksvereine die Politik ausschließen, so würden sie es nicht weiter bringen als die alten, die ja sehr achtenswerth, aber bei ihrer geringen Mitgliederzahl und bei der engen Begrenzung ihres Wirkungskreises ohne Einfluß auf die Lage der deutschen Arbeiterschaft im Großen und Ganzen sind. In einem Lande, wo hinter jedem Trupp Arbeiter ein Polizist herläuft, um sie zu überwachen, wo Versammlungen im Freien nicht gestattet werden, wo die Rede-, Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit auf's Aeußerste beschränkt ist, wo eine Tellerammlung für Vereinszwecke schon eine gerichtliche Bestrafung nach sich ziehen kann, wo ganze Gewerksvereine einfach aufgehoben werden können, wenn es den Behörden so beliebt, in einem solchen Lande können Gewerksvereine nach englischer Art nicht aufkommen. Mag man über die Streiks im Allgemeinen und jeden einzelnen Streik im Besonderen urtheilen, wie man will, mag man von jedem einzelnen nachweisen, daß er eine freventliche Thorheit gewesen sei und nicht allein die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter geschädigt habe, so steht doch das Eine fest, daß bis jetzt noch kein anderes Mittel gefunden worden ist, wodurch die Arbeiter bessere Arbeitsbedingungen erlangen konnten. Das Einkommen des Lohnarbeiters hängt in weit geringerem Grade von den eigenen Leistungen ab als das des Unternehmers. Der Unternehmer, der Glück, Geschick und Thatkraft hat, kann sein Einkommen mit der Zeit verzehnfachen, der Lohnarbeiter ist nur selten in der Lage, es durch Fleiß und Geschicklichkeit zu verdoppeln. In den meisten Fällen ist ihm eine Grenze gesetzt, die er nur überschreiten kann, wenn sie von allen Arbeitern seines Faches gleichzeitig durch eine Lohnerhöhung überschritten wird, zu der sich die Unternehmergesellschaft, sei es durch einen Streik, sei es durch Arbeitermangel, gezwungen sieht. Bei uns nun werden Arbeitseinstellungen, und schon die Auforderung dazu, als halbe Rebellion angesehen und behandelt. Verhält sich aber eine Behörde einmal unparteiisch bei einem Streik und tritt sie nicht als Bundesgenossin der Unternehmer, sondern als Vermittlerin auf, so schreiben die Unternehmer Peter Morbio. Der Streik ist der Uebel größtes nicht, schrieb der „Confectionair“ nach der Beendigung des Ausstandes der Berliner Confectionsarbeiter, sondern die Einigung durch das Gewerbegericht! Und die Behörden haben selten den Muth, dem Unwillen der Unternehmer gegenüber Stand zu halten.

Unter diesen Umständen müssen sich die Arbeiter erst das Recht zu einer wirklichen Gewerksvereinsthätigkeit erkämpfen, und das kann in Deutschland nicht wohl anders geschehen, als durch Gründung und beharrliche Unterstützung einer Arbeiterpartei, mag sie sich nun sozialdemokratisch oder sonstwie nennen. In England haben die Arbeiter eine eigene Partei nicht nöthig; die Vereins- und Koalitionsfreiheit haben sie schon, und mit dem, was sie an Arbeiterschutz usw. außerdem erstreben, kommen sie zum Ziele, wenn sie die Partei unterstützen, die ihnen am meisten verspricht. Einiges von dem Versprochenen muß die siegreiche Partei halten, weil sie sonst bei der

nächsten Wahl die Arbeiterstimmen einbüßen würde, und sie kann es halten, weil das, was die Unterhausmehrheit beschließt, von den seltenen Fällen eines Widerspruchs des Oberhauses abgesehen, unfehlbar Gesetz wird. In Deutschland stehen den Arbeitern nicht zwei große Parteien, sondern neun bis zehn Fraktionen gegenüber, die zwar auch im Versprechen nicht faul sind, von denen aber keine das Halten verbürgen kann. Denn erstlich weiß keine, ob sie in die Mehrheit hineinkommen und in der Mehrheit einen maßgebenden Einfluß gewinnen wird, und zweitens kann der Bundesrath jeden Beschluß des Reichstags zu nichte machen.

So sehen sich also die Lohnarbeiter bei uns darauf angewiesen, zunächst Politik zu treiben.

Das Vereinigungsrecht

bildete am 3. Juni den Verhandlungskreis für den Reichstag. Der Kommissionsentwurf betr. des Reichsvereins- und Versammlungsgesetzes (siehe „Zimmerer“ Nr. 18), stand auf der Tagesordnung. Die leeren Bänke auf der Rechten, der Kommissionsbericht und die diplomatischen Redewendungen des Staatsministers v. Boetticher ließen erkennen, welches große Stück Arbeit erst noch vollbracht werden muß, bevor das heutige Vereinigungsrecht beseitigt wird. Während der Berichterstatter der Kommission, Abg. Ricker, und der Abg. Lenzmann, Beide freisinnig, den Standpunkt vertraten, das Reich habe die Pflicht, das Vereins- und Versammlungsgesetz zu reformieren, so regeln und darauf hinweisen, daß in den sechziger Jahren die Regierung das Versprechen gegeben habe, in dieser Richtung vorzugehen, verrieth Minister v. Boetticher, daß die Regierung den Artikel 4 der Reichsverfassung so auffasse, daß die Materie von Reichswegen einer Regelung unterworfen werden könne. Die freisinnigen Redner stritten tapfer, der Genosse Auer kam ihnen jedoch über, seine Ausführungen lassen wir hier folgen, denn sie sind von bleibendem Werth:

Gelegentlich des Prozesses gegen meine Partei und deren Leitung — so führte Auer aus — vor einigen Tagen hat sich das einstimmige Urtheil der gesammten Presse aller Parteien ohne Ausnahme gegen die Aufrechterhaltung des § 8 des Vereinsgesetzes ausgesprochen. Sogar der preussische Minister des Innern hat sich bei der ersten Lesung dahin ausgesprochen, daß man sehr wohl über die Mäßigkeit der Beibehaltung des § 8 verschiedener Meinung sein könne. Aber trotzdem werden wir zu keiner Aenderung kommen. Den Grund dafür hat Herr v. Boetticher angedeutet, als er mittheilte, daß die Regierung 1894 erwogen habe, ob nicht in das damals vorbereitete Umsturzgesetz ein Paragraph über das Vereins- und Versammlungsgesetz aufzunehmen sei. Das ist das ganze Geheimniß. Wir hätten längst andere Bestimmungen, wenn nicht die Angst vor der Arbeiterkraft und der Sozialdemokratie in den maßgebenden Kreisen herrschen würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So lange Sie sich nicht über ein Ausnahmegesetz gegen uns verständigt haben, wird es schwer werden, ein neues Vereinsgesetz zu schaffen, denn Sie wollen den Arbeitern nicht dieselben Rechte zugestehen, daran hindert Sie Ihre Klasseninteresse und Ihre Voreingenommenheit gegen die Arbeiterklasse. Haben Sie erst ein Ausnahmegesetz gegen uns, so brauchte ein neues Vereinsgesetz nur zu lauten:

Alle Deutschen, soweit sie aus guten Familien stammen und ein Jahreseinkommen von mindestens M. 10 000 haben, sind berechtigt, Vereine zu bilden, sich ohne obrigkeitliche Erlaubniß und unbewaffnet zu versammeln. (Weiterkeit.)

Die Enthaltensamkeit der Rechten ist mir sehr begreiflich, für die Herren hat die Sache kein Interesse, denn sie fallen nicht in die Maschen der Vereinsgesetzgebung, sie stehen über dem Vereinsgesetz. Alle konservativen politischen Verbindungen und vor Allem die wirtschaftspolitischen Verbindungen des Unternehmertums kümmern sich einfach um die Bestimmungen des Vereinsgesetzes nicht. Im heftigsten landwirthschaftlichen Verein äußerte sich der Referent v. Stochhausen dahin, daß bisher das landwirthschaftliche Vereinswesen seitens der Regierung eine milde, wohlwollende Behandlung erfahren habe, obwohl eigentlich auch politische, namentlich wirtschaftspolitische Fragen in den landwirthschaftlichen Kreisvereinen behandelt würden und in diesen Vereinen streng genommen die Politik ausgeschlossen sein sollte. Da begreife ich, daß die konservativen Kommissionsmitglieder ihre Abende nicht mit den Kommissionsitzungen verdröbeln wollten. In unserem Prozeß habe ich mich geireut, als der Staatsanwalt einen stillen, moralischen Anfall bekam und erklärte: „Wohl, das Gesetz muß aufrrecht erhalten werden ohne Ansehen der Person, und wir werden auch gegen andere Parteien, die eine ähnliche Organisation haben, vorgehen.“ Ich sagte mir dabei in meinem Innern: Das kann eine schöne Wirtschaft werden. (Weiterkeit.) Aber das hat nicht lange gedauert. Sie Alle können ruhig sein; Ihre Parteiorganisationen verstoßen in der grübsten Weise gegen die Bestimmungen des § 8 des Vereinsgesetzes, und das weiß die Polizei so gut wie wir, und wenn der Staatsanwalt das nicht wußte, so entschuldige ich das damit, daß unsere jungen Beamten sich um die politischen Vorgänge wenig kümmern. Herr Ricker sagte: Die Bourgeoisie ist zwar nicht feig, aber vorsichtig. Daher mag in diesen Kreisen die Drohung

des Staatsanwalts zuerst ernst genommen sein. Aber wenn mit ihr Ernst gemacht würde, müßten sich alle Parteien ausnahmslos auflösen, und dann möchte ich den Sturm hören. Wenn das Vereinsgesetz gleichmäßig angewendet würde, hätten wir ein solches Gesetz längst nicht mehr, aber weil Frau Justitia sehr wohl die Binde hochhebt und sich sehr genau Den ansieht, welchen sie mit Strafen verfolgen will, deshalb können solche Bestimmungen weiter bestehen. Herr Ricker meint, die Sozialdemokratie sei nicht durch das Geschick ihrer Führer, sondern durch die Fehler der Gegner groß geworden. Es wäre wunderbar, wenn derartige offenbare Ungerechtigkeiten, wie auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungswesens, nicht im besseren Theile des Volkes Empörung hervorriefen. Herr Ricker mag recht darin haben, daß alle diese Verfolgungen, Bestrafungen, Chikanen von der Sozialdemokratie nicht besonders schlimm verpöht werden, aber davon bin ich überzeugt, daß wenn auch nur der zehnte Theil der Chikanen und Verfolgungen und Verhaftungen, worunter wir leiden müssen, sich gegen Herrn Ricker und seine Anhänger richten würden, dann wären Herr Ricker und sein ganzer Anhang längst schon verwundet. (Weiterkeit.) Es liegt in seinem Interesse, daß es nicht auf die Probe ankommt. Auf unseren Prozeß will ich nicht weiter eingehen; der Prozeß und seine Arrangements sind gerichtet, es braucht darüber nicht mehr gesprochen zu werden. Ein Beispiel, was Alles verboten wird: In Verdau i. S. sollte ein Vortrag über Goethe's „Faust“ gehalten werden. In dem Beschluß der Polizeiverwaltung zu Verdau, der das Verbot ausspricht, heißt es in dem entscheidenden Theile: Da aus der Zusammensetzung und der bisher beobachteten Thätigkeit des heftigen sogenannten Lesevereins zu schließen ist, daß nicht bloß rein wissenschaftliche Interessen bei dem Vortrage über Goethe's „Faust“ obwalten, sondern die Annahme begründet ist, daß die Wissenschaft nur als Deckmantel für die Behandlung öffentlicher Angelegenheiten und zur Aufreizung gegen die bestehenden Geleze und die Gesellschaftsordnung benutzt werden soll (Sachen links), und um Gesetzesübertretungen und unsittliche Handlungen auszuüben (ernewtes Sächter links), so ist die Versammlung zu verbieten. Ist da noch ein Wort der Kritik nöthig! Auf unseren Antrag näher einzugehen, hat der Kommission nicht beliebt. Wenn indessen die Vorlage Gesetz wird, so wird dadurch eine wesentliche Besserung nach den verschiedensten Richtungen herbeigeführt werden, und ich kann daher in meinem und wahrscheinlich auch im Namen meiner Parteigenossen erklären, daß wir der Vorlage zustimmen werden, obwohl ich nicht verkenne, daß die eine oder andere Bestimmung besser hätte ausfallen können. Vor Allem können wir uns mit der Bestimmung, daß alle Deutschen berechtigt sind, sich zu versammeln, nur einverstanden erklären. Damit ist endlich einmal die einseitige Stellungnahme den Frauen gegenüber fallen gelassen. Daß Kinder nicht in politische Versammlungen gehören, ist eigentlich selbstverständlich. Warum man aber nicht die Altersgrenze auf achtzehn Jahre festgelegt hat, begreife ich nicht. Eine große Zahl von Personen ist mit achtzehn Jahren wirtschaftlich selbstständig, und warum diese nicht das Recht haben sollen, sich an politischen Versammlungen zu betheiligen, begreife ich nicht. In einer ganzen Reihe deutscher Staaten haben wir Gesetze, nach welchen das Wahlrecht mit 21 Jahren beginnt. Ob der Absatz 2 des § 1 in seiner jetzigen Fassung juristisch genügt, weiß ich nicht, was die Kommission mit ihm aber will, kann ich nur voll und ganz unterschreiben. Das Koalitionsrecht der Arbeiter wird heute auf das Größte beeinträchtigt. Der Oberpräsident von Hannover, Herr von Bennigsen, hat die Gewerkschaftsvereine aufgelöst. Es wäre von allgemeinem Interesse, zu erfahren, welches seine Ansichten in dieser Beziehung sind. Wenn seine Auffassung allgemeine Norm werden sollte, so unterliegt es nicht dem leisesten Zweifel, daß damit die Existenz der Gewerkschaftsvereine einfach unmöglich gemacht würde. Natürlich handelt es sich nur um Vereinigungen von Arbeitern, Vereinigungen von Unternehmern werden in keiner Weise behelligt. Sehen Sie sich nur unser Petitionsverzeichnis an, und Sie werden zu Hunderten Beweise dafür finden, daß Unternehmervereinigungen sich zusammenschließen und sich in Petitionen an den Reichstag wenden. (Zuruf des Abg. Singer: Die Lederindustriellen!) Das sind wirklich nicht die Einzigen, die in dieser Weise das Gesetz verlegt haben. Ich behaupte, daß die Unternehmerverbindungen den Zweck, für welchen sie geschaffen sind, gänzlich erreichen können, ohne das Gesetz zu verletzen. (Sehr richtig! links.) Allerdings hat auch die Jubilatur da, wo Arbeiterinteressen in Frage kommen, sich die wunderlichsten Sprünge erlaubt, die allerdings eine gewisse Unterlage abgeben können für polizeiliche Verordnungen. Hat doch das Kammergericht entschieden, daß zu den politischen Gegenständen im Sinne des Vereinsgesetzes auch solche gehören, welche Sozialpolitik, insbesondere die Regelung der Arbeitszeit betreffen. Darnach ist freilich die Anordnung des Oberpräsidenten in Hannover berechtigt, aber das ist nur wieder ein neuer Grund dafür, endlich einmal mit diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen. Wir Sozialdemokraten haben gegenüber dem großen Schlag, welcher auf Anordnung des Ministers v. Köller gegen uns erfolgt ist, bewiesen, daß unsere Partei vor derartigen kleinen Maßregeln nicht zu Kreuze kriecht. Wir haben aus dem Prozeß keinen Schaden erlitten; nicht wir, sondern das preussische Vereins- und Versammlungsrecht war auf der Anklagebank! Sie allesamt, die Sie für eine friedliche Entwicklung sind, sorgen Sie dafür, daß nicht auch das 19. Jahrhundert zur Rüste geht, ohne daß wir ein Vereinsgesetz abgeschafft haben, welches nicht im Allergeringsten den

Ansprüchen eines modernen Staates entspricht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der nationalliberale Regierungspräsident v. Bennigsen, dem die Zustände in seinem Revier so häßlich unter die Nase gerieben, meinte nun, er könne sich dazu nicht äußern, weil ihm der Fall aus Hildesheim nicht gewärtig sei.

Der Genosse Bebel führte daraufhin aus:

Abg. Bebel (Soz.): Ich kann dem Gedächtniß des Herrn v. Bennigsen vielleicht nachhelfen. Auch zahlreiche Gewerkschaften in Hannover sind unter seine Entscheidung gefallen, daß Gewerkschaften politische Vereine sind und ihre Verbindung untereinander verboten ist. Hier bewahrt sich das klassische Wort des preussischen Justizministers: Wenn Zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe. Während Herr v. Bennigsen diese Entscheidung gegen zahlreiche Gewerkschaften in der Provinz Hannover erlassen hat, während sogar Gesangsvereine von Arbeitern für politische Vereine erklärt sind, haben in diesen Pfingsttagen in der Residenz des Oberpräsidenten von Hannover 132 Handwerkervereine und Innungen einen gemeinsamen Handwerkerkongress abgehalten und ausschließlich alle Fragen der Gewerbegesetzgebung erörtert, also Fragen von eminent politischer Bedeutung. Dieser Versammlung ist nicht das Geringste in den Weg gelegt; sie tagte in Gegenwart eines Vertreters des Polizeipräsidenten von Hannover. Da war von einer gesetzwidrigen Verbindung keine Rede, da gab es keinen § 8. Das muß doch die größte Empörung in den Arbeitermassen hervorrufen. Aber noch mehr! Herr v. Bennigsen setzt sich selbst der Gefahr aus, bei der ersten Gelegenheit mit dem § 8 des Vereinsgesetzes Bekanntschaft zu machen. Wir haben auf der Anklagebank wegen angeblicher Verletzung des § 8 gesessen, aber wenn es einen Mann in diesem Saale giebt, der direkt den § 8 übertreten hat, so ist es der Oberpräsident von Hannover, Herr v. Bennigsen, in seiner Eigenschaft als Mitglied des Zentralausschusses der nationalliberalen Partei. Diese hat bis vor Kurzem eine Organisation gehabt, die in direktem Widerspruch mit dem preussischen Vereinsgesetz steht, eine Organisation, wobei die einzelnen Volkstheile untereinander und mit der Zentrale in Verbindung standen. Die nationalliberalen Führer haben sofort nach dem Gerichtsbeschuß gegen uns in den Mittheilungen an die Vertrauensmänner ihrer Partei eine Anweisung erlassen, wie sie künftig verfahren müßten, damit sie nicht unter den § 8 fallen. (Weiterkeit.) Erst jetzt kommen die Herren dahinter, nachdem sie Jahre lang gegen das Gesetz gesündigt haben. Mit hundertfach mehr Recht als wir, müßte Herr von Bennigsen und seine Freunde auf die Anklagebank, und auch die anderen Parteien, ich weise nur auf Herrn von Manteuffel hin, der auch ein hoher Staatsbeamter ist; der hat studirt, kennt die Gesetze (Rufe links: Sollte sie kennen! Weiterkeit); wir sind Laien. Jene Herren wissen, daß sie die Gesetze übertreten, sie übertreten sie mit Absicht, wir nicht. Ich werde mir die Organisationsstatuten verschiedener Parteien verschaffen und sie dem Staatsanwalt einreichen; der bloße Wortlaut dieser Statuten genügt vollständig, um die Strafbarkeit nachzuweisen. In dem Prozesse sagte ich: Als Politiker wünschte ich bestraft zu werden, während ich als Angeklagter meine Freisprechung wünsche. Denn wir haben nur Aussicht, zu erträglichem Zuständen zu kommen, wenn die gegnerischen Parteien ebenfalls auf die Anklagebank kommen und es ihnen unmöglich gemacht wird, das Gesetz zu übertreten. Erst wenn sie ebenso von den Behörden überwacht werden wie wir, werden sie das Bedürfniß empfinden, ein neues Gesetz zu machen. Und wenn die konservativen Führer selbst auf der Anklagebank gesessen haben, werden sie nicht mehr Kommissionsberatungen fernbleiben. In der Form ihrer Organisationsstatuten liegt bereits die Verletzung des Gesetzes, da braucht kein Staatsanwalt zu titeln, da braucht kein Staatsanwalt sich Material durch Vertrauensmänner der politischen Polizei zu beschaffen, da ist es nicht nöthig, daß ein ganzes Heer von Spießeln Jahre lang Tag für Tag Sie auf allen Ihren Wegen und Etappen begleitet wie uns. Durch 9 Zeugen der Polizei ist im Prozeß festgestellt, daß, wo Einer von uns ging, wir auf Schritt und Tritt von Polizeibeamten verfolgt wurden, in der Pferdebahn, auf der Eisenbahn, in Droschken und so weiter. Diese Beamten wurden vom Staat für unsere persönliche Ueberwachung bezahlt, sie hatten auch bedeutende Spesen, sie mußten mit in die Bierhäuser, oder Eisenbahn fahren, Droschken nehmen; sie brauchen auch Vertrauensmänner, männliche und weibliche, die sich in das Vertrauen der Genossen einzuschleichen haben; sie ausforschen und berichten müssen, und oft wider besseres Wissen berichten, weil diese Nicht-Genossen, wie sie Herr v. Buttamer einmal im Reichstage nannte, das lebhafteste Interesse haben, die Dinge so darzustellen, daß sie möglichst bedenklich erscheinen, weil sich sonst ihre Ueberflüßigkeit herausstellen würde. Man hätte bei einer so allgemeinen Ueberwachung annehmen können, daß endlich einmal staatsgefährlicheres Material gefunden werden würde. Aber nichts von alledem. Da man nun nicht wußte, wie man uns etwas anhaben konnte, so hat man uns plötzlich mit Hausdurchsuchungen überfallen. Ich selbst lag noch im Bett, da ich spät zu Bett gekommen war, als die Polizei kam; ich wurde herausgeholt, und es war keine Rede davon, daß ich etwas hätte bei Seite bringen können. Die Polizei war mit zahlreicher Mannschaft erschienen, bei mir waren es vier Mann, anderwärts noch mehr. An 70 verschiedenen Orten ward hausgesucht und ganze Berge von Material waren fortgeschleppt worden. Der bloße Anblick dieser Materialur war schon grauen-

erregend. Nun wurde uns der Prozeß gemacht, und was war das Ende vom Liede nach dreitägiger Verhandlung? M. 75 Strafe gegen mich, den rückfälligen Verbrecher, die Anderen wurden minder taxirt. Warum dies milde Urtheil? Weil man die Ueberzeugung hatte, wenn die Sozialdemokraten schuldig sind, dann sind es die anderen Parteien noch viel mehr. Man mußte zu ganz künstlichen juristischen Konstruktionen greifen, um überhaupt dazu zu kommen, daß eine ungesegnete Verbindung da war. Aus der offenen Uebergabe von überschüssigen Geldern der Wahlvereine an Vertrauensmänner der Wahlkreise zu Agitationszwecken hat man eine solche Verbindung hergeleitet. Die Vertrauensmänner haben nicht allein diese Gelder dann und wann von einzelnen Wahlvereinen angenommen, sondern auch zahlreiche andere Gelder von Vergütungen usw. vernommen, und zwar in den meisten Fällen höhere Summen, als sie von den Wahlvereinen erhalten. Was übrig blieb, haben sie an den Parteikassirer gezahlt. Ich bin 2 1/2 Jahre Parteikassirer gewesen und habe niemals gewußt, ob die Gelder von Vereinen oder sonst woher kommen. Es hat aber nichts geholfen. Aus der Thatsache, daß die Wahlvereine an die Vertrauensmänner Geld lieferten und diese mit mir in Beziehung standen, wurde eine Verbindung des Parteivorstandes mit den Wahlvereinen konstruirt und obenbinnen der Parteivorstand als ein besonderer politischer Verein angesehen. Eine so mühselige, mit dem größten juristischen Scharfsinn aufgestellte Konstruktion hätte man gegenüber den anderen Parteien nicht nötig gehabt. Da kann man mir nichts d. nichts aus ihrer Organisation heraus eine derartige Verbindung nachweisen, und dennoch: über allen Wispeln ist Ruh'. Wenn man mit gleichem Maße messen wollte — welche andere Partei bliebe straffrei? Ich denke hier namentlich an den Bund der Landwirthe, an die Handwerkervereine, die Innungen, die Gewerbevereine, die Vereine der Großindustriellen, die Militärvereine und nicht zuletzt an die Wohlthätigkeitsvereine, welche alle mit dem § 8 des preussischen Vereinsgesetzes gepackt werden können. Angesichts eines solchen Zustandes sollten die verbündeten Regierungen endlich einsehen, daß er auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. Wie sollen alle sozialen Fragen der Gegenwart, die Fragen der Zoll- und Steuer-gesetzgebung, Wahl- und andere politische Fragen unter einem solchen Gesetz erörtert werden? Nach Gründung des deutschen Reiches ist es veraltet und muß verschwinden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Gesekentwurf wurde in seinem ganzen Umfange angenommen. Damit ist die Möglichkeit einer dritten Berathung gegeben, für welche ein sogenanntes Noth-gesetz vorbereitet wird, durch welches das von allen Parteien preisgegebene Affiliationsverbot (Zusammen-treten) aufgehoben werden soll. Für ein solches Vor-gehen sind außer dem Zentrum und der Linken auch die Nationalliberalen gewonnen, und man hofft, daß sich auch die Konservativen anschließen werden. Sanguiniker behaupten sogar, daß ein solches Nothgesetz auch im Bundes-rath auf Annahme rechnen könne.

Protokoll

der dritten Generalversammlung des Ver-bandes freier Krankenkassen
abgehalten am 27. April 1896 im Lokale des
Herrn Aug. Borchart in Hamburg.

Die Eröffnung der Generalversammlung erfolgte um 3 1/2 Uhr durch den Vorsitzenden Blume. Es wurden Blume als Vorsitzender, Themar als Stellvertreter und Gud als Schriftführer gewählt. Die Feststellung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 13 Delegirten, welche 11 Kassen vertreten.

Vertreten waren: Die Zentralkassen der Tischler (Hamburg) durch Köhlig und Wiegand, der Zimmerer (Hamburg) durch Wirth, der Schuhmacher (Hamburg) durch Ebel, der Tabakarbeiter (Hamburg) durch Lenz, der Drechsler (Hamburg) durch Wähmann, der Tapezierer (Hamburg) durch Häberle, der Maurer (Altona) durch Stammer und Kläfscher, der Buchbinder (Leipzig) durch Kimmelberger-Hamburg, der Schneider (Braunschweig) durch Kretsch-Hamburg, der Sattler (Berlin) durch Beyer-Hamburg, des Sanitätsvereins (Hamburg) durch Gud. Nicht vertreten waren: Die Zentralkassen der Maler (Hamburg), Formstecher (Frankfurt a. M.), Dachdecker (Berlin), Weber und Wirtler zc. (Chemnitz), Wagenbauer (Gotha), Gold- und Silberarbeiter (Schw. Smünd), Korbmacher (Leiz), sowie Lokalkasse der Mechaniker (Hamburg), Dachdecker (Braunschweig) und sechs Berliner Lokalkassen.

Der Vorsitzende Blume eröffnet sodann den Bericht: „Meine Herren! Wenn wir im vorigen Jahre mittheilen konnten, daß eine Zahl Kassen sich zum Beitritt gemeldet, so können wir heute berichten, daß der Anschluß wirklich vollzogen ist. An Zentralkassen sind seit letzter Generalversammlung beigetreten: Sattler (Berlin), Gold- und Silberarbeiter (Smünd) und Korbmacher (Leiz). An Lokalkassen: Wäschezusneider E. S. 45 (Berlin), Hausdiener (Landesrechtl.) (Berlin), Hausdiener, E. S. 61 (Berlin), Nationale kaufmännische, E. S. 71 (Berlin) und Seifenfieber, E. S. 17 (Berlin). Da keine der seither dem Verbands angehörenden Kassen ausgeschieden ist, beträgt die Zahl der Verbandskassen zur Zeit 26. Gemeldet zum Beitritt haben sich die Zentralkassen: der Schiffszimmerer (Hamburg), Drochsen-luischer (Berlin) und Wiltcher (Bremen), ebenso die Lokalkasse der Vierfahrer, E. S. 84 (Berlin). — Der Vorstand hielt in dem verfloffenen Geschäftsjahre zwölf Sitzungen ab. In denselben wurden die verschiedensten

Sachen, wie Bestätigungen von Arztewahlen zc., erledigt. Von den Beisitzer-Stellvertretern kam einmal Herr Otto und einmal Herr Wähmann in Thätigkeit. Wiederholt mußte der Vorstand sich mit einer Beschwerde gegen die Tabakarbeiterkasse befassen. Obgleich die Vertreter genannter Kasse in Berlin an den Berathungen und der Beschlußfassung über die Arztewahlverträge in Berlin theilgenommen haben, und obgleich ihren Wünschen insofern Rechnung getragen wurde, als diejenigen Ärzte, welche für die Mitglieder der Tabakarbeiter-kasse seither thätig waren, mit in den Kreis der Ärzte gezogen wurden, welche für die Gesamtheit des Verbandes in Berlin engagirt wurden, blieben die Verwaltungsstellen der Tabakarbeiterkasse in Berlin für sich. Dadurch sind die Ärzte der Tabakarbeiter mit Leichtigkeit zur größeren Praxis gelangt und die Gesamtheit hat unnötig Ärzte zubezogen. Ueber diese Angelegenheit werden Sie noch Beschluß zu fassen haben. — Weiter beschäftigte den Vorstand in mehreren Sitzungen die Neubekleidung des „Arznei-Verkehr“. Die erste Auflage ist gänzlich vergriffen, im Uebrigen auch zum größten Theil nicht mehr maßgebend, da seit der Zeit der Herausgabe die Taxpreise in den acht verschiedenen Medizinalverordnungen verschiedentlich geändert sind. In dieser Frage ließ der Vorstand die übrigen Kassenvertreter, welche hier am Platze sind, mit-berathen und mitbeschließen. Die Majorität ergab, daß das Werk neu beschafft werden solle, und kann ich Ihnen mittheilen, daß es fertig gestellt ist und in kürzester Zeit zum Versand gelangt. — Einige Angelegenheiten mußte der Vorstand am Orte direkt regeln, so in Wiltcher, wo der Arzt, der bisher die Behandlung der Verbands-mitglieder hatte, sehr theuer war. An Stelle dessen wurde ein anderer Arzt gewählt. Ein Versuch, in Wandsb. die Kassen zu den Hamburger Abmachungen heranzuziehen, scheiterte bisher leider. Inwieweit die bisher ausgeführte Rezeptrevision von Nutzen war für die Kassen, ergibt sich aus den Abschlüssen der Kassen. Insofern ist sie von großem Nutzen gewesen, als der Abstrich auf den Rezepten weniger in's Gewicht fällt, als daß erstens die Herren Apotheker sich mehr vorziehen für die Folge und nicht über die Taxe hinaus berechnen und zweitens, daß die Herren bei der Revision auf diejenigen Fehler aufmerksam gemacht werden, die sie in Bezug auf die pharmaco oeconomica gemacht haben. Gerade dies Aufmerksammachen ist für die Kassen von größtem Nutzen und der Hinweis auf den „Arzneiverkehr“ giebt den Ärzten die nötige Auf-klärung. Hierbei sei gleich erwähnt, daß Sie auch noch darüber zu bestimmen haben, ob von dem „Arznei-Verkehr“ sogen. Auszüge beschafft werden sollen, um diese an die Apotheker abzugeben. Der Sach steht noch bis zu Ihrer Beschlußfassung. Erwähnenswerth ist eine Klage, die gegen unser Verbandsmitglied, den „Sanitäts-verein von Hamburg“, von Seiten der hiesigen Apotheker geführt wurde. Es handelte sich dabei um Nachzahlung von einigen Pfennigen, welche bei Revision der Rezepte von Seiten des Herrn Dr. Dronke abgestrichen und somit bei späterer Rechnung weniger bezahlt waren. Das Amtsgericht verurtheilte den Sanitätsverein mit der Begründung, daß durch Annahme und volle Begleichung der Rechnung dieselbe anerkannt worden und somit ein späterer Abstrich zu Unrecht erfolgt sei. Auf dagegen eingelegte Berufung hob das Landgericht das Urtheil auf und stellte sich auf den rechtlichen Standpunkt, daß zu Unrecht erhobene, gegen die Medizinaltaxe ausge-stellte Forderungen durch vorläufige Bezahlung nicht zu Recht erhoben gelten. Die Apotheker sind demnach kostenpflichtig abgewiesen und ist erzielt worden, daß gerechte Abstriche nicht weiter beanstandet werden, außerdem aber auch noch eine Menge Ab-striche von den Apothekern nicht mehr nachgefordert werden können. Dieser Erfolg ist von unschätzbarem Werth für den Verband. In Lübeck erwachen den Kassen ganz enorme Krankenhauskosten, indem der Verpflegungs-latz von M. 2,50 pro Tag für Auswärtige an sich schon ein hoher zu nennen, dann aber auch daselbst die Be-stimmung besteht, daß für jeden eingeliefertten Kranken eine volle Woche bezahlt werden muß (M. 17,50), auch dann, wenn der Betreffende nur einen Tag Aufenthalt im Krankenhaus bedürfe! Gegen diese in Deutschland einzig dastehende Verordnung ist man beim Senat der freien Stadt Lübeck vorstellig geworden, leider ohne Erfolg. Auch erschwert man den Kassen die Führung der Geschäfte ganz außerordentlich dadurch, daß man ihnen jedweden Kredit verweigert, hingegen für jeden eingeliefertten Kranken eine Vorauszahlung der Kosten für vier Wochen zur Bedingung der Aufnahme macht. Eine wunderliche Maßregel Angesichts der Thatsache, daß die Kassen durch Rücklage der gesetzlichen 10 pSt. Kiesen-nummen anfangen, somit eine Zahlungsunfähigkeit niemals eintreten kann. Es ist hiergegen in Lübeck Blättern ein „Eingekandt“ erlassen, Abzüge hiervon auch als Flugblätter verbreitet, aber ebenfalls bisher erfolglos. Auf diese Ausführungen beschränke ich meinen Bericht, und wollen Sie sich über Einzelheiten aus dem Protokoll-buche informieren. Ich bitte, dem Vorstande Decharge zu erteilen.“

Lenz erklärt, daß bezüglich der Verwaltungsstelle der Tabakarbeiter in Berlin, welche sich den Beschlüssen der Verbandskassen nicht fügte, der Vorstand beschloffen habe, nicht mit rauher Hand einzugreifen, sondern toleranter zu sein, und dem Verlangen der Berliner, bis zu der am 29. Juni stattfindenden Generalversammlung der Kasse die alten Verhältnisse bestehen zu lassen, zu will-fahren. Berlin mit seinen circa 1000 Mitgliedern sei immerhin ein Theil der Kasse, dem man schon etwas Rechnung tragen müsse.

Blume ist der Meinung, daß dieser Standpunkt des Vorstandes zwar verständlich, nichtsdestoweniger aber als ein richtiger nicht zu bezeichnen sei. Dieselben Gegen-sätze beständen bei den Tischlern mit circa 8000 Mit-gliedern auch, aber trotzdem sei es bei diesen durchgesetzt; dabei sei den Tabakarbeitern Arzt und Arznei nicht billiger, sondern theurer geworden. Er könne nicht umhin, zu erklären, daß weder Verwaltungsstelle noch Vorstand korrekt gehandelt haben.

Themar spricht sich im selben Sinne aus, nur möchte er bis zur Generalversammlung der Kasse die Sache ruhen lassen.

Otto erklärt, daß die bestehende billige Familien-versicherung der Grund sei, weshalb sich die Berliner Tabakarbeiter nicht angeschlossen haben.

Zaffke tabelt ebenfalls das Verhalten der Tabakarbeiterkasse, und betont namentlich, daß der Berliner Verwaltungsstelle Arzt und Arznei theurer sei. Man möge nicht die Parole der Offenbacher Frauen- und Mädchenkassen anerkennen, nur dort dem Verbands beizutreten, wo die Kasse Vortheil davon habe, im Uebrigen aber für sich fortzumurfeln. Die Kasse als solche habe sich dem Verbands angeschlossen und damit nicht nur die rechtliche, sondern auch die moralische Verpflichtung, Sorge zu tragen, daß diese auch in allen Theilen erfüllt werden. In Anbetracht jedoch, daß in Kürze die General-versammlung der Kasse stattfindet, sei auch er dafür, deren Votum abzuwarten. Fügen sich die Berliner dann noch nicht, so sei er dafür, daß man die Tabakarbeiter-kasse aus dem Verbands ausschliesse.

Die Generalversammlung beschließt, indem sie sich mit dem Bericht einverstanden erklärt, der Tabakarbeiter-kasse bis zu deren Generalversammlung Zeit zu lassen. Sodann erhält der Kassirer Bülle zum Kassenbericht das Wort und verliest derselbe folgende Abrechnung für das Jahr 1895:

Einnahme: Kassenbestand vom Jahre 1894 M. 51,44; J.-R.-K. der Schnelber, Braunschweig M. 178,04; J.-R.-K. der Tabakarbeiter, Hamburg M. 115; J.-R.-K. der Zimmerer, Hamburg M. 73; J.-R.-K. der Formstecher, Frankfurt M. 3; J.-R.-K. der Maurer, Altona M. 149,78; J.-R.-K. der Tischler, Hamburg M. 561,30; J.-R.-K. der Wagenbauer, Gotha M. 63,36; J.-R.-K. der Wirtler und Weber, Chemnitz M. 19,20; J.-R.-K. der Schuhmacher, Hamburg, M. 100,25; J.-R.-K. der Buchbinder, Leipzig M. 70,15; J.-R.-K. der Maler, Hamburg M. 37,50; J.-R.-K. der Dachdecker, Berlin M. 2,75; J.-R.-K. der Tapezierer, Hamburg M. 47,46; J.-R.-K. der Drechsler, Hamburg M. 16,31; Sanitätsverein, Hamburg M. 209,27; Buch-händler Waude Söhne, A.-Verkehr M. 98,90; von dem Sanitätsverein Hamburg vorgelegt M. 150; von der Tischlerkasse vorgelegt M. 400, Summa M. 2346,60.

Ausgabe: Blume, Entschädigung pro 1894 und 1895 M. 60; zurückbezahlt an Maurerkasse M. 300; zurück-bezahlt an Tischlerkasse M. 200; Dr. Dronke, Zuschuß für Bureauarbeiten M. 540; Buchdruckerarbeiten laut Belege M. 124,50; Nachrevision von Rezepten der Maurerkasse, Verwaltung Berlin M. 20,16; Ebel nach Wiltcher, Baffe und Themar nach Wandsb., Blume und Themar für eine Konferenz bei Gebhard M. 27,10; Entschädigung E. Paul in Berlin M. 36; Prozeßkosten der Maurerkasse contra Sanitätsverein in Braunschweig M. 171,65; Dr. Dronke für Lieferung des Manuscripts zum „Arznei-Verkehr“ M. 750; Saalmiethe Litzge, Versammlung der Kassenvorstände M. 10; Sonderabdrücke der „Arbeiter-versorgung“ M. 1,50; Stender für Wege (Einladung) M. 2; 1000 Rouverts mit Firma M. 4,80; Vorstandssitzungen M. 41; Blume für Porto laut Portobuch M. 20,92; Bülle für Porto und Geldbestellgeld M. 15,89. Summa M. 2315,52.

Einnahme M. 2346,60, Ausgabe M. 2315,52; Bestand M. 31,08. — Revidirt und für richtig befunden am 20. April 1896. gez. D. Niemeyer, J. Zaffke.

Es wird dieselbe zur Debatte gestellt, und stellt Lenz die Frage, wie die Prozeßkosten contra Sanitäts-verein Braunschweig entstanden seien.

Themar erläutert dies. Nachdem die Verwaltungsstelle der Zentralmalerkassen in Braunschweig eingegangen, seien einige Einzelmitglieder der Kasse dort verblieben, für welche ärztliche Hilfe und Arznei zu liefern der dortige Sanitätsverein sich geweigert habe, trotzdem der-selbe einen dahin gehenden Vertrag mit der Kasse als solcher, nicht mit der Verwaltungsstelle abgeschlossen habe. Das Gericht habe sich leider auf einen entgegengesetzten Standpunkt gestellt. Der Verband habe die Sache zu seiner eigenen gemacht, da für denselben ein prinzipielles Interesse vorlag.

Ebel er sucht um Auskunft über die an Dr. Dronke gezahlte Summe von M. 540 Zuschuß zu den Bureauarbeiten und den Kosten des Manuscripts zum „Arznei-Verkehr“.

Zaffke beantwortet die Anfrage dahin, daß die M. 540 für einen Zeitraum von neun Monaten ausgegeben, und nur durch den Verkehr mit den Ministerien, Behörden, Apothekern, Ärzten zc. entstanden seien.

Bezüglich der M. 750 sei zu beachten, daß das Wert ursprünglich auf acht Bogen berechnet war, daß aber schließlich dasselbe auf 11 1/2 Bogen angewachsen sei.

Otto zweifelt, ob eine Neuherstellung, falls die Kosten gefannt seien, beschloffen worden wäre. Ein ein-facher Nachtrag sei genügend und billiger gewesen.

Niemeyer ist der Ansicht, daß der Preis nicht zu hoch ist. Fortbeile dieser Kapitalanlage ließen sich allerdings nicht zahlenmäßig nachweisen.

Ebel erklärt, daß ihm der Preis für die gelieferte Arbeit nicht zu hoch sei, nur erscheine es ihm zweifelhaft, ob der Preis Angesichts des Vortheils nothwendig war,

Dr. Dronke erhält sodann das Wort und erläutert eingehend die Gründe, warum ein Nachtrag nicht ausreichend und eine Neuauflage des „Arznei-Berlehrs“ dringend erforderlich war. Die Behauptung, daß die Preise der Arzneien usw. unwesentlich geändert, sei irrig, gerade in diesem Jahre sei eine Veränderung der Preise der Arzneien, der Toxen usw. vorgenommen, wie nie zuvor. An der Hand einer vergleichenden Aufstellung weist er nach, daß die Arbeiten an der neuen Auflage des „Arznei-Berlehrs“ wesentlich schwieriger waren. Was die angezeigten Vortheile betreffe, so könne er mittheilen, daß eine Ortsklasse, für die er seit einigen Jahren die Recepte revidirte, bei Beginn seiner Thätigkeit M. 1,61 pro verschicktes Mitglied für Arznei ausgegeben, daß dieser Satz nach dem ersten Jahre seiner Thätigkeit auf M. 1,38 und im letzten Jahre auf M. 1,06 herabgedrückt sei. Es sei das gewiß ein nennenswerther Vortheil, gegenüber dem der kritische Betrag minimal zu nennen sei. Nachdem noch einige Anfragen erledigt sind, wird dem Kassirer und dem Gesamtvorstande Decharge ertheilt.

Blume stellt sodann die Frage, ob die General-Versammlung geneigt sei, eine Extra-Vergütung der die Apotheker berührenden Bestimmungen des „Arznei-Berlehrs“ zu veranlassen.

Dr. Dronke weist die Nothwendigkeit der Vergütung eines Auszuges für die Apotheker nach.

Otto bezweifelt die Nothwendigkeit, während Themar der Meinung ist, daß die Vergütung geschehen müsse.

Jaffe findet einige Bestimmungen in der Vorlage, welche der Revision dringend bedürfen, weshalb Otto beantragt, die Bestimmungen vor Drucklegung in einer Sitzung des Vorstandes durchzuberathen.

Der Antrag Otto und ein anderer Antrag, einen Auszug für die Herren Apotheker herauszugeben, werden angenommen.

Es gelangen sodann die eingegangenen Anträge zur Debatte.

Der Bezirkstag der Klassen in Dresden stellt den Antrag: Die Generalversammlung möge eine einheitliche Ausgabezeit schaffen. Ferner: Die Generalversammlung möge die Gründung eines Verbandsorganes beschließen.

Beide Anträge werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, da die Einführung der einheitlichen Ausgabezeit sowohl als auch die Gründung und Erhaltung eines Verbandsorganes auf unüberwindliche Hindernisse stoßen würden.

In den Göttinger Kliniken zählen die dortigen sechs Ortsklassen pro Tag M. 1,25 und für eine Kräftiger M. 3, während die freien Hilfsklassen M. 1,50 bzw. M. 6 zahlen müssen. Von den Vertretern der letzteren ist bereits Alles versucht worden, diese ungleiche Behandlungsweise zu beseitigen, bis jetzt aber vergebens. Es wird die Angelegenheit dem Vorstande zur eventuellen Erledigung überwiesen.

Ein Antrag von Maßmann, der Vorstand möge dahin wirken, daß an den verschiedensten Orten die Krankenkontrolle eine gemeinsame werde, wird unter Hinweis auf Artikel V der Ausführungsbestimmungen des Verbandes, worin bereits diesbezügliche Anweisungen gegeben sind, abgelehnt.

Niemeyer kritisiert nochmals das Verhalten der Offenbacher Frauen- und Mädchencasse, welche sich nur da dem Verbandsangehörigen, wo sie Vortheile davon hat, und stellt die Frage, was dagegen zu machen sei.

Die Angelegenheit wird dem Vorstande zur Erledigung überwiesen.

Niemeyer beantragt, wenn in Streitfällen zwei Mitglieder des Vorstandes betheilig sind, haben die Erfahrmänner einzutreten. Wird angenommen.

Zur Deckung der im laufenden Jahre entstehenden Kosten wird beschlossen, einen Pfennig pro Kopf und Jahr der Versicherten zu erheben.

Alsdann folgt die Wahl des Vorstandes, welche folgendes Resultat zeitigte: G. Blume, Vorsitzender, Hamburg, Bismarckstr. 10; W. Themar, Stellvertreter, Altona, Friedrichsbadstr. 28; J. H. Wulle, Kassirer, Hamburg, Gravenstr. 28; J. Jaffe, Beisitzer, Hamburg, B.-V.-N., Wilhelmstr. 6, I.; D. Niemeyer, Beisitzer, Hamburg, Hamburgerstr. 129; Erfahrmänner: P. Otto, Hamburg, Mozarstr. 5, und J. Maßmann, Hamburg, Osterstr. 94 g.

Mit dem Wunsche, daß auch im neuen Geschäftsjahre der Verband freier Krankenkassen blühen und gedeihen möge, schloß der Vorsitzende, Abends 8 Uhr, die dritte Generalversammlung.

Baugewerbliches.

Tiffler der Bauarbeiter. Berlin, 2. Juni. Zwei Baunfälle haben sich im Laufe des Montage ereignet: Auf dem Neubau Petersburgerstraße 6 brach Vormittags infolge Ueberlastung ein zur Errichtung der Mittelwände hergestelltes Gerüst zusammen. Hierbei stürzten zwei Maurer in das Treppenhäuslein hinab. Einer erlitt außer einem Schädelbruch schwere innere Verletzungen und mußte nach dem Krankenhause gebracht werden. Der Andere, der nur leichte Verletzungen am Kopfe und an den Händen davongetragen hatte, konnte sich dorthin begeben. — Nachmittags stürzten auf dem Grundstück Richterfelderstraße Nr. 30 infolge Zerreißen der am mittleren Ende eines Hängegerüsts zur Befestigung des Flaschenzuges angebrachten Tausche zwei Gerüstbrücken aus der Höhe des dritten Stockes herab, wobei ein Dachdecker und ein Malergehülfe auf den Hof hinabfielen; Beide wurden nach dem Krankenhause gebracht. Zwei anderen, ebenfalls auf der Rüstung befindlichen Malern gelang es, im Augenblicke der Gefahr die Gerüsttaue zu erfassen und sich daran festzuhalten, bis

sie durch Hausbewohner aus ihrer Lage befreit wurden. Beide trugen nur leichte Verletzungen davon.

Dresden, 3. Juni. Auf einem Neubau in der Bismarckstraße zu Lübtow ereignete sich heute Nachmittag ein Unglücksfall dadurch, daß beim Aufziehen von Platten eine derselben zerbrach (nach anderer Meinung ist der Aufzug plötzlich gerissen). Der Stein durchschlug das Gerüst und stürzte in die Tiefe. Leider riß er einige Arbeiter mit herab. Einer derselben mußte auf Anordnung des erschienenen Arztes nach dem städtischen Krankenhaus verbracht werden.

In **Souy** bei Gemmerch stürzte, wie aus Paris gemeldet wird, die 17 Meter lange Mauer eines Neubaus ein und tödtete sieben Personen.

Moderne Baukunst. In Reichenberg i. B. stürzte auf dem Neubau des Ursulinenklosters plötzlich die Decke des Korridors im zweiten Stockwerk ein, die Gesteinsmassen der gewölbten Decke durchschlugen die Deckung der in gleicher Richtung laufenden Gänge im ersten Stockwerk, Parterre und Souerrain. — Das Unglück ist dadurch entstanden, daß die Schrauben einer eisernen Verankerung nachgaben und dem Gewölbe den Halt entzogen. Leider sind bei dem Unfälle auch Menschen verletzt worden. Ein Maurer wurde von den herniederstürzenden Gesteinsmassen mit in die Tiefe gerissen, mehrere Verwundungen dadurch erleidend, so daß er in's Lazareth geschafft werden mußte. Ein Schieferbedeckungsling wurde von den herabstürzenden Trümmern direkt getroffen, mit in die Tiefe gerissen und unter einem Berg von Schuttmassen begraben. Erst nach einstündiger Arbeit gelang es, den Verunglückten als Leiche zu Tage zu schaffen.

Der Bauschwindel hat die Weltener Ofenfabrikanten, die Berlin und ganz Norddeutschland mit weißen und farbigen Kachelöfen versorgen, veranlaßt, Maßregeln zur Verhütung der vielen Verluste, die sie durch unredliche Unternehmer erleiden, zu ergreifen. Nach vielfachen Verhandlungen haben die Fabrikanten sich durch Vertrag vom 21. v. M. verbunden, eine Verkaufsstelle für den ganzen und alleinigen Vertrieb ihrer Fabrikate in Berlin zu errichten, die die Kreditgewährung in erster Linie zu überwachen hat. Die Vereinigung der Verkäufe in einer Hand soll es ermöglichen, die Schwindel-Elemente besser zu erkennen, damit diese ausgemerzt werden können.

Das Wesen des Bauschwindels. In einem Prozeß Haufe und Genossen (Wagerkolonne) gegen den Unternehmer Oberländer, die Rheinische Hypothekbank und die Holzhändler George und Nikolaus wegen Zahlung rückständigen Lohnes, der die Kammer III des Gewerbegerichts in Berlin in mehreren Terminen beschäftigte, wurden folgende erbauliche Feststellungen gemacht: Der Tischlermeister Kiepert, der wenig, sehr wenig bares Geld besaß, dafür aber noch einige nicht allzu hohe Forderungen ausstehen hatte, verfiel eines Tages auf die Idee, Eigentümer und Bauherr zu werden. Er wandte sich an den in diesen Dingen erfahrenen Herrn Oberländer und bat um dessen Vermittelung. Bald war er denn auch „Eigentümer“ eines Grundstückes in der Prenzlauer Allee, dessen Kaufpreis auf M. 70 000 angegeben war. Auch wurde er Bauunternehmer. Angezählt hatte er die Summe von M. 2000—3000, einschließlich der Stempelgebühren; M. 1500 waren ihm von Oberländer befristet worden, welche Schuld mit M. 1600 abzutragen war. Die Rheinische Hypothekbank übernahm es, die Baugelder darlehnsweise zu gewähren, und zwar, wie üblich, in Raten, zahlbar bei gewissen Fortschritten des Baues. Und nun ging es los. Oberländer erhielt von Kiepert den Auftrag, die Auszahlung der fälligen Raten zu erwirken. Kiepert vermochte sich indessen nicht lange in seiner gebietenden Stellung zu erhalten; wahrscheinlich verstand er den Rummel noch nicht so recht. Ueber ein Kleines mußte er seine Forderungen aus dem Baugelder-Vertrage allen möglichen Lieferanten, Handwerklern und Herrn Oberländer zediren, denn alle diese Herren wollten sichergestellt sein. Die Gesamtsumme übernahmen seine Holzlieferanten George und Nikolaus, die ihrerseits die anderen mit Fessionen bedachten Lieferanten, Handwerker u. z. zu befriedigen hatten. Was das Forderungsbrecht Oberländer's betrifft, so hatte Kiepert in der Fessionsurkunde dieses nicht im, sondern dem Zimmerpolster Krüger eingeräumt. Dieser, als Zeuge vernommen, gab die interessante Auskunft, daß der entsprechende Theil der Baugelder ihm zedirt worden sei, weil Oberländer „nichts haben durfte“. Er führte ferner aus: „Oberländer hat für mich das Gewerbe als Zimmermeister angemeldet. Mit den Quittungen, die ich immer blanco ausstellte, ging D. an den Zahltagen zu George und Nikolaus und hob das Geld ab. Kam er dann zurück, so erhielt ich von ihm die Löhne der Arbeiter und zahlte sie diesen aus. Es geschah dies thatsächlich nur im Austrage Oberländer's, ich blieb in Wirklichkeit trotz der Fession und der Anmeldung des Gewerbes unter meinem Namen immer nur Polier. Die Erledigung alles „Schriftlichen“ besorgte Oberländer. Einen Brief, der an den „Bauunternehmer Krüger“ adressirt war, habe ich uneröffnet dem Oberländer übergeben, wie ich es mit allen den Bau angehenden Briefen gethan habe, da sie mich nichts angingen. Ich selbst bekam nach wie vor meinen Lohn.“ Auch der „Eigentümer“ und „Bauherr“ Kiepert hat sich nach seiner Aussage den Verfügungen Oberländer's untergeordnet. Er wußte, daß Krüger nur Polier war. Er hat seit Langem, wie er sich ausdrückte, kein Interesse mehr an dem Bau; er hätte doch nicht mehr daran denken können, seine Ansprüche zu realisiren. Im Ganzen erübrigte

Kiepert M. 175 zu seinem Lebensunterhalt. Die Klage gegen die Rheinische Hypothekbank wurde fallen gelassen, die gegen George und Nikolaus aber auch noch aufrecht erhalten, nachdem zwischen Oberländer und den Klägern ein Vergleich zu Stande gekommen war. Die Letzteren wollten sich wenigstens an Jemanden halten können, der „etwas hat“. George und Nikolaus bestritten, irgendwie haftbar gemacht werden zu können. Wenn sie wirklich einmal vor dem Eintreffen der Bauwerte Vorstände zahlten, um den Bau vor dem Stillstand und daraus entspringenden Weiteren zu bewahren, die ihnen, als den betheiligten Holzlieferanten, nicht angenehm sein konnten, dann verpflichtete sie dies doch zu nichts. Die Beklagten stellten auch in Abrede, gewußt zu haben, wie es mit Oberländer stehe. Demgegenüber wurde im Schlußtermin durch ein Geständniß des Letzteren klargelegt, daß derselbe schon viermal manifestirt hat, und zwar das eine Mal direkt auf Betreiben des Beklagten. Ferner wurde erwiesen, daß George und Nikolaus sich eingehend mit Aufstellungen über die Höhe der zur Fortführung des Baues notwendigen Summen beschäftigt haben und daß sie auch bei Zahlungsschwierigkeiten eingriffen. Der Gerichtshof, dem Professor Alberti vorsah, erklärte die Beklagten für haftbar. Es sei als Schwindel zu bezeichnen, wenn Leute wie Kiepert und Oberländer Bauten übernahmen, die sie nicht in der Hand halten könnten. George und Nikolaus, die anfangs zu den „Reingefallenen“ gehörten, seien später in einer Weise hervorgetreten, die sie als Arbeitgeber der Kläger umsomehr erscheinen lasse, als feststehe, daß die Beklagten von der Zahlungsunfähigkeit des Herrn Oberländer vollkommen unterrichtet waren.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Stettin. Die Lohnbewegung der Zimmerer wird hier sobald ihr Ende noch nicht erreicht haben, indem noch immer einige Arbeitgeber vorhanden, welche zu gerne eine Extrawurst gebraten haben möchten.

Die Sperre ist verhängt über die Plätze von W. Schröder und Gerloff; hierzu werden voraussichtlich folgende Arbeitsplätze in Kürze hinzukommen, da auch hier wiederum Differenzen ausgebrochen sind. Es sind dies die Arbeitgeber Dosewitz, Berndt, Fischer, Nögel, Wechselmann und Bleß. Es ist also geboten, den Zuzug von hier noch strengstens fernzuhalten.

In der am 1. Juni stattgefundenen öffentlichen Zimmererverversammlung, welche ungefähr von 150 Zimmerern besucht war, wurde, wie bereits berichtet, die Platzsperre über das Zimmergeschäft Brurein einstimmig beschlossen. Die Grundzüge, welche die Zimmerer dazu veranlassen, sind folgende: Nachdem obengenannter Herr den Schiedspruch des Einigungsamts am 7. April eigenhändig unterschrieben und somit alle Bedingungen dieses Urtheils anerkannt hatte, kam er zu dem Gedanken, eine eigene Geschäftsordnung aufzustellen, worin auch der entsprechende Lohn, welchen derselbe zu zahlen geneigt, angegeben ist, aber so undeutlich, daß die Arbeiter, die dieselbe unterschrieben haben, nicht im Stande sind, den darin angelegten Stundenlohn richtig zu entziffern. Zum Beispiel, der von ihm angelegte Stundenlohn beträgt 35 $\frac{1}{2}$; die Zahl 5 ist aber so hergestellt, daß man unbedingt annehmen kann, es sei der amtlich festgelegte Minimallohn mit 38 $\frac{1}{2}$ damit gemeint. Infolgedessen wurden bei der Lohnkommission der Zimmerer Klagen darüber geführt, so daß sich dieselbe veranlaßt sah, selbst bei Herrn Brurein vorstellig zu werden, um Einsicht in seine verhängliche Arbeitsordnung zu bekommen, sie wurde aber kurzer Hand mit ihrem Ansuchen abgewiesen, mit dem Bescheid, er schließe mit seinen Arbeitern Privatverträge ab, wobei Niemand dreinzureden habe. Des Weiteren wurde ein Mann wegen Aushängung des Lohntarifs entlassen. Infolgedessen wird, falls die Differenzen nicht bis zum Samstag beigelegt sind, an diesem Tage die Arbeit niedergelegt, und ersucht die Lohnkommission die Kameraden, ihre Solidarität zu beweisen und das Brurein'sche Geschäft zu meiden. Es ist gegenwärtig hier wie anderwärts Arbeit genug vorhanden.

Der Zuzug ist nach Obigem noch strengstens fernzuhalten, da $\frac{1}{3}$ der hiesigen Zimmerergeschäfte den Lohn-tarif noch nicht unterschrieben haben und somit die Platzsperre über dieselben verhängt werden mußte. Des Weiteren findet am 16. Juni eine große öffentliche Zimmererverammlung statt, in der es sich entscheiden wird, wie wir uns überhaupt gegenüber der Gesamtzahl der hiesigen Zimmerergeschäfte zu verhalten haben. Es ist deshalb Pflicht eines jeden ehrlich denkenden Zimmerers, in der Versammlung zu erscheinen. Die Platzsperre ist über folgende Geschäfte verhängt: Zimmermeister Friz, Zimmermeister Koch, Maurermeister Würz, Maurermeister Frenning, Baugeschäft Werle & Hartmann, Grün & Wilsinger, Holzmann & Co., Lagerhaus-gesellschaft, Zimmermeister Brurein.

Dortmund. Der Streik der Zimmerer dauert unverändert fort. In der am Donnerstag, den 4. Juni, stattgehabten Versammlung wurde beschlossen, mit den Arbeitgebern in Unterhandlungen zu treten, deren Resultat abzuwarten bleibt. Die Situation ist günstig und steht zu erwarten, daß die paar hartstarrigen Arbeitgeber ebenfalls recht bald nachgeben werden, wenn der Zuzug ferngehalten wird. Einigen Meistern sind bereits städtische Arbeiten wegen der Verzögerung entzogen worden.

Ueber den Streik der Zimmerer und Tischler in Wülhausen i. G. wird uns geschrieben, daß noch immer 208 Zimmerleute und 195 Tischler sich im Streik

befinden. Dieser wäre sicherlich schon längst beigelegt, ständen nicht die Fabrikanten hinter den Unternehmern des Baugewerbes. Es ist den Fabrikanten außerordentlich unangenehm, wenn die Bauarbeiter den Feiertag erringen, denn dadurch könnten auch die armen Fabrikanten Luft bekommen, die übermäßig lange Arbeitszeit, welche sie für elende Löhne frohnen müssen, zu verkürzen. Die Ausbeuter geben sich alle erdenkliche Mühe, Ertrag von auswärts zu bekommen, es will aber Niemand Streikbrecher werden und deshalb müssen die Ausbeuter über kurz oder lang bewilligen.

Mittheilen können wir noch, daß jetzt das Statut des Verbandes der Zimmerer Deutschlands auch für Wülhausen genehmigt ist, so daß gleich nach dem Streik eine Zahlstelle errichtet wird. Die Versammlung, welche nächstens stattfindet, und in welcher Kamerad Bringmann aus Hamburg zugegen sein wird, wird zeigen, daß die Bewegung durch den Streik gewonnen hat; auf alle Fälle wird dieselbe von allen Zimmerern in Wülhausen bejehet sein.

Unter'm 5. Juni wird uns geschrieben, daß der Generalfreik beendet und über das Geschäft von Böhmen die Sperre verhängt ist. Erregungen sind 20 % Lohn-erhöhung; die 1/2-tägige Mittagspause wurde noch nicht durchgelezt. Die Kameraden, welche bei Böhmen gearbeitet, bekommen bei den anderen Krautern keine Arbeit; es ist deshalb beschlossen worden, daß sie von den in Arbeit tretenden Kameraden ausreichend unterstützt werden sollen, damit der Starrsinn des Böhmen gebrochen wird. Der Zugzug ist strengstens fernzuhalten; es sind alles alte, verheiratete Kameraden, die ausgeperrt auf der Straße liegen.

In Gartha in Sachsen haben sich die Zimmerer unserem Verbands als Einzelzahler angeschlossen. Kamerad Höyer aus Leipzig war zu einer Versammlung am dritten Pfingstfeiertage hier, in derselben machte er den Kameraden die Nothwendigkeit der Organisation klar. Die Kameraden werden in Zukunft treu und fest zum Verbands halten.

Aus Döbeln in Sachsen wird uns geschrieben: Auch hier bei uns, wo bis jetzt noch totale Finsterniß in den Köpfen der Kameraden geherrscht hat, wo bisher von gewerkschaftlichen Organisationen nichts zu spüren war, ist eine erfreuliche Wendung zum Besseren eingetreten. Am Sonntag, den 31. Mai, referirte in öffentlicher Zimmererversammlung Kamerad Höyer aus Leipzig, dessen Ausführungen ungetheilten Beifall fanden. Während und nach der Debatte ließen sich 18 Kameraden als Einzelmitglieder in den Zimmererverband aufnehmen. Weitere drei, die bis jetzt in dem Holzarbeiterverband waren, traten sofort zu der jungen Mitgliedschaft über. Kameraden! Ist dies auch unter den 100 bis 150 hier beschäftigten Zimmerern noch eine bescheidene Zahl, so werden wir doch nun nicht mehr ruhen, sondern immerfort und unentwegt unter den noch abseits stehenden Brüdern neue Anhänger zu gewinnen suchen. Unser treuer Bundesgenosse in diesem Bestreben ist der hier geahnte horrende Lohn von 26—27 % pro Stunde. Euch aber, Kameraden, die Ihr noch abseits steht, die Ihr noch gleichgültig in Eurem Stumpfsinn einhergeht, wachet auf und schließt Euch uns an! Wohl, auch wir sind bisher noch gleichgültig gewesen, aber noch ist es nicht zu spät, noch ist etwas zu erreichen, wenn Ihr einmütig Euch zusammenschauert, wenn Ihr die Euch in der Versammlung zugerufenen Dichterworte beherzigt:

Einigt, einigt Euch, Ihr Brüder,
Vorwärts, mit Besonnenheit,
Dann strahlt auch der Arbeit wieder
Einst noch eine gold'ne Zeit!

Aus Hof in Bayern wird uns geschrieben, daß der Ausstand mit dem Siege der Zimmerer geendet hat. Der Ausstand von einem Meister provoziert, er hatte mehrere Kameraden ausgeschlossen, weshalb sich alle Zimmerer im Geschäft mit diesen solidarisch erklärten und dann nicht eher wieder angingen, bis die Meister den geforderten Lohnzuschlag, 1 % pro Stunde, bewilligten. Die Arbeit ist bereits am 1. Juni wieder aufgenommen, am 26. Mai war sie niedergelegt worden. Hoffentlich ersehen die Kameraden an diesem Vorkommniß, daß Einigkeit stark macht.

An die Zahlstellen des Verbandes der Zimmerer in Rheinland und Westfalen.

Laut Beschluß des sechsten Provinzialverbandstages zu Essen ist als Sitz der Agitationskommission Düsseldorf bestimmt. Die Kommission hat sich mit dem heutigen Tage konstituiert und gebührt folgende Kameraden derselben an: Sackmann, Wöhner und Kater. Alle Zuschriften und Geldsendungen ersuchen wir an W. Kater, Düsseldorf, Corneliustr. 28, zu richten. Wir erwarten nun von genannten Zahlstellen, daß sie uns bei der Agitation eine rege Unterstützung zu Theil werden lassen und hoffen, daß die Vertrauensmänner so schnell wie möglich ihre Adressen in unseren Besitz gelangen lassen. In der Hoffnung, daß wir mit Hilfe aller in Betracht kommenden Mitglieder die Kameraden der Provinzen Rheinland und Westfalen in Bälde für unsere Organisation gewinnen werden, zeichnet mit kameradschaftlichem Gruß

Die Agitationskommission.
J. A.: Wilh. Kater, Düsseldorf, Corneliustr. 28.

Wödling (Oesterreich), 3. Juni. Der Streik der hiesigen Zimmerleute ist ein allgemeiner geworden. Es streikten die Gehülften der Bauplätze von Höfler, Modlhammer, Weiß, Wollner und Schloßner, zusammen

129 Mann. Die Streikenden beanspruchten eine zehnprozentige Lohnerhöhung, die sie für umsomehr gerechtfertigt halten, als die Lohnsätze seit 23 Jahren niemals erhöht worden sind. Die Meister lehnen die Forderungen ab. Zugzug von Zimmerleuten ist zu vermeiden.

„Freie Presse“, so betitelt sich ein Arbeiterblatt, das die Interessen der in Buchbindereien, Kartonnagen-, Leder- und Luxuspapier-Fabriken und verwandten Berufen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu vertreten vorgiebt und daneben das Publikationsorgan der lokalorganisirten Gewerkschaften dieser Branchen sein will. Das Blatt ist also außerordentlich vielseitig, sein Redakteur heißt Kohn, woraus man nicht etwa schließen darf, daß nun in dem Blatte auch immer gekohlt wird. Nein, das Blatt erlaubt sich noch ganz andere Vorkipfungen. In seiner Nr. 11 vom 30. Mai stellt es lähn die Verhütung auf, dem Gewerkschaftskongreß sei ein Brief der Vereinigung der Arbeitsbörsen Frankreichs unterschlagen worden. Darüber wird nun kräftig im Stich weiber-ton hergezogen, was einen geradezu komischen Eindruck macht. Denn das Blatt vertritt Lokalorganisationen, also solche Arbeiter, die es noch nicht einmal zur nationalen Solidarität gebracht haben, und hier erzieht es sich über den angeblichen Mangel an internationaler Solidarität der zentralisirten Gewerkschaften.

Es ist aber auch gar nicht einmal wahr, daß dem Kongreß der Brief unterschlagen worden ist. Die Berichte, welche die Zeitungen über den Gewerkschaftskongreß brachten, erwähnten denselben schon und hätte die „Freie Presse“ mit ihrem Kohn gewartet, bis das Protokoll erschien, dann hätte sie gleich mittheilen können, daß es auf Seite 61 heißt: „Von der Federation des Bourses du Travail de France liegt ein Begrüßungsschreiben vor, in welchem betont wird, daß die Arbeiter aller Länder immer engere Fühlung nehmen müssen zum gemeinsamen Vorgehen gegen den Kapitalismus.“

Daß aber auch gar keine Ursache vorlag, den Brief zu unterschlagen, zeigt dieser selbst. Hier ist der selbe:

Paris, 2. Mai 1896.

An die Mitglieder des zweiten deutschen Gewerkschaftskongresses.

Genossen! Die Vereinigung der Arbeitsbörsen Frankreichs und der Kolonien, die zu spät von dem Stattfinden Ihres Kongresses erfahren hat, hat nicht die Möglichkeit gehabt, sich wirklich vertreten zu lassen. Sie hat aber trotzdem die Gelegenheit nicht versäumen wollen, den Arbeitern Deutschlands den Ausdruck ihrer brüderlichen Gefühle zu übermitteln.

Unsere Vereinigung ist durchaus antipatriotisch und kennt keinen anderen Feind als das Kapital, ihr lebhaftestes Verlangen ist, zu sehen, wie das gesammte internationale Proletariat sich gegen die Existenz der Grenzen wendet, und um ihre Vernichtung zu vervollständigen, den Krieg führt nicht nur gegen die Kriegszüge auf dem Kontinent und in den Kolonien, sondern auch gegen die Interessen der Regierenden und Kapitalisten, die dieselben hervorgerufen, und hauptsächlich gegen den Chauvinismus, der ihnen die Autorität verleiht.

Die zum Bewußtsein gekommenen Arbeiter müssen sich thatsächlich überzeugen, daß das ernsthafteste Hinderniß, das der Umwandlung, die sie im Sinne haben, im Wege steht, der Gegensatz der Rassen ist, der enge Kultus des nationalen Bodens, den die Herrschenden an die Stelle des sterbenden Götterkultus gesetzt haben und dem noch zu viele Ausgeborene anhängen, wobei sie den Interessen der bürgerlichen Gesellschaft dienen, deren Vernichtung die weltumfassende Vereinigung des Proletariats rasch herbeiführen wird.

Die Aufgabe der Unterdrückten ist also, mit der denkbar größten Energie Alles zu bekämpfen, was geeignet ist, den dummen Nationalhaß aufrecht zu erhalten, der die Proletarier trennt und manchmal gegeneinander beßt. Zu diesem Zweck wollen wir so oft wie möglich — und die Gelegenheit dazu bietet sich jeden Tag — zeigen, daß die Existenz der Grenzen durchaus nicht der Gemeinsamkeit der kapitalistischen Interessen im Wege steht, daß die Regierungen niemals zögern, sich in Einklang zu versetzen, um gemeinsame Vertheilungsmaßregeln gegen das Proletariat zu ergreifen, daß insolge dessen die Arbeiter, dem Beispiel der Bourgeoisie folgend, sich ihren Interessen gemäß — die überall dieselben sind — und nicht gemäß ihrer Nationalität vereinigen müssen. Wir wollen auch nicht mehr fürchten, die Köpfe in Erstaunen zu versetzen, oder der öffentlichen Meinung in's Gesicht zu schlagen, indem wir das Zwitterwort, das einer noch unklarerer Zwitteridee entspricht, das Wort „Internationalismus“ durch das ersehen, das den Vorzug größerer Klarheit hat: Antipatriotismus. Vielleicht wird zu Beginn diese freie Sprache einige unthätige Soldaten aus unseren Reihen entfernen. Was liegt daran, Genossen? Die Qualität der Kämpfer ist mehr werth als ihre Zahl. Und im Bewußtsein, daß die Zeit uns gehört, und daß unsere Agitation uns früher oder später auch die Kleinmüthigen zuführt, wollen wir uns von dem Gedanken erfüllen lassen, daß der Erfolg unserer Sache weniger von einem nahen und plötzlichen Ausstand abhängt als von einer Revolution, die zuerst in den Geistern vorbereitet worden ist.

Während die Vereinigung der Arbeitsbörsen von Frankreich, die revolutionär, kommunistisch und staatsfeindlich ist, gegen den Patriotismus kämpft, verkündet sie die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation zu einem doppelten Zweck:

1. Um einem Generalfreik in den für die Existenz der Nationen wichtigsten Industriezweigen die Wege zu bahnen, einem Streik, der schließlich die Kapitalistenklasse zur Verzweiflung bringt.

2. Um den Arbeitern die Möglichkeit zu geben, nach erfolgter Umwälzung die Produktion zu organisiren, ohne eine Zentralgewalt nöthig zu haben, die unter dem Deckmantel einer „rein verwaltenden Kontrolle“ die schon zerstückte Autorität wieder herstellen würde.

Genossen! Die Arbeitsbörsen Frankreichs haben dieses Programm nicht gleich am Tage ihrer Entfaltung aufgestellt. Sie haben lange geglaubt, das einzige Mittel, um die Umgestaltung der Gesellschaft in's Werk zu setzen, sei die systematische Eroberung der öffentlichen Gewalt. Heute erkennen sich noch Einige (vier oder fünf) halb zu dieser Meinung. Aber die große Mehrheit ist durch den fortwährenden Bankrott des Parlamentarismus eines Besseren belehrt worden und hat sich endlich zum wirtschaftlichen Kampf entschlossen und ohne aufzuhören, dem Staat, um ihn zu schwächen, möglichst viele Reformen zu entreißen, sich auf die wirtschaftliche Schlacht vorzubereiten, die die Schmarozer der Arbeit unerschütterlich machen wird durch das Aufhören der Arbeit selbst.

Diese Ideen, die vor Euch zu erklären einzig der Mangel an Zeit und gehindert hat, wird die Vereinigung der Arbeitsbörsen Frankreichs auf dem Londoner internationalen Kongreß darlegen, und da sie die Hoffnung hat, Euch da vertreten zu sehen, legt sie Eurer Prüfung den folgenden Plan vor:

„Aus Sparsamkeitsgründen und um die wechselseitigen Beziehungen der Arbeiter aller Länder zu erleichtern, soll an demselben Ort und zur selben Zeit, wo jeweils der internationale Kongreß der Arbeitervereine und politischen Gruppen stattfindet, ein internationaler Kongreß von jeder einzelnen Branche stattfinden.“

Dieser Plan ist in Frankreich bereits verwirklicht, wo sich um den jährlichen Kongreß aller französischen Gewerkschaften und Vereinigungen die Kongreßreife aller einzelnen französischen Gewerkschaftsverbände gruppiren. Man erlangt auf diese Weise die Einheit in den Gesichtspunkten, die für die einheitliche Taktik notwendig ist, und die durch die gleichzeitige Tagung aller Kongresse am gleichen Ort erreichte Sparsamkeit erlaubt dem Generalkongreß, eine größere Menge Delegirte zu zählen und in Wahrheit die Vertretung des französischen Proletariats zu sein.

Wir schließen, Genossen, indem wir das Zeugniß der Freundschaft und der Solidarität, das wir Euch soeben gegeben haben, wiederholen. Strengen wir uns an, die Einen wie die Anderen, die Masse aufzuklären, auf daß sie unsere Prinzipien kennen und lieben lernen, und der Tag wird kommen, wo wir Alle zusammen den Gesellschaften, die uns seit so vielen Jahrhunderten in Knechtschaft halten, ein Ende machen werden! Krieg der Autorität! Es lebe der weltumfassende Kommunismus!

Für die Vereinigung der Arbeitsbörsen
Der Sekretär: Fernand Pelloutier.

Halle a. S., 2. Juni. Sechzig Arbeiter, die am Beesener Wasserwerk beschäftigt sind, streikten. Sie verlangen eine Erhöhung des Stundenlohns von 25 auf 28 % Es ist ein städtisches Bauwerk, bei dem diese jämmerlichen Löhne gezahlt werden.

Die Hutfabrikanten in Berlin, ein ausgesuchtes Ausbeuterthum, haben bekanntlich die Hutarbeiter auf das Straßenpflaster geworfen; es sind etwa 1000 Personen, Opfer dieser Ausbeuterbrutalität, zu unterstützen. Außerdem streikten im übrigen Deutschland 250 Hutmacher seit Monaten. Die Kasse des Hutmacherverbandes, die sonst nicht schlecht bestellt, ist kaum in der Lage, ihren Verpflichtungen nachzukommen, weshalb der Vorstand das Ersuchen an alle Arbeiter Deutschlands richtet, in diesem Falle die Hilfe nicht zu versagen.

Als Kuhhandel entpuppen sich die Abmachungen der Prinzipale mit den Gehülftenvertretern im Buchdrucker-gewerbe. Die Tarifgemeinschaft, die so verlockend aussieht, bildet, wie sich jetzt herausstellt, einen Strich, mit dem die Buchdruckergehülften auf mehrere Jahre gebunden werden sollen. Die Hauptschuld an diesen schmählichen Kuhhandel trifft, wie wir erfahren, den Vorstand des Buchdruckerverbandes, der, um nicht bloßgestellt zu werden, den Redakteur des „Correspondent“, Genossen Gaisch, abjagen will — und er wählt dazu einen schiefen Weg: anstatt eine Generalversammlung einzuberufen, wie es die geltenden Bestimmungen verlangen, sollen die Gauvorstände die Schergenarbeit besorgen, weil er sich an die Spitze der Opposition gegen das schmähliche Abkommen gestellt. Es ist deshalb ein bedauerlicher aber unumgänglicher Konflikt in der Muster-Gewerkschaftsorganisation Deutschlands ausgebrochen, der sehr leicht zu einer völligen Spaltung führen kann.

Aus Berlin. Die „Baugew.-Ztg.“ veröffentlicht das Ergebnis einer Enquete in den Innungs-gewerkschaften. Wir lassen die Einzelangaben hier folgen: Am Sonnabend, den 9. Mai 1896, wurden nach den von ca. 300 Baugewerkschaften eingegangenen Mittheilungen nachfolgende Stundenlöhne gezahlt: a) Bei den Maurern. Poliere: 18 mit 83—90 %, 15 mit 80 %, 64 mit 75 %, 70 mit 70 %, 4 mit 67 1/2 %, 51 mit 65 %, 58 mit 60—62 1/2 %, 7 mit 55—57 1/2 %, Summa 287; Gesellen: 8 mit 65 %, 101 mit 60 %, 25 mit 57 1/2 %, 2214 mit 55 %, 2 mit 53 %, 637 mit 52 1/2 %, 767 mit 50 %, 22 mit 40—47 1/2 %, Summa 3776. b) Bei den Zimmerern. Poliere: 9 mit 80—85 %, 22 mit 75 %, 46 mit 70 %, 2 mit 67 1/2 %, 33 mit 65 %, 4 mit 62 1/2 %, 28 mit 60 %, Summa 144; Gesellen: 37 mit 65 %, 11 mit 62 1/2 %, 98 mit 60 %, 98 mit 57 1/2 %, 567 mit 55 %, 9 mit 53 %, 28 mit 52 1/2 %, 106 mit 50 %, 21 mit 40—47 1/2 %, Summa 1355.

Wer diese Angaben mit denen aus früheren Jahren vergleicht, (siehe „Zimmerer“ Nr. 17), der findet sofort heraus, daß die diesjährige Lohnbewegung ganz hübsche Resultate gezeitigt hat. Darüber mag sich das Heftblatt grämen, ändern kann es an der Sache nichts!

Sozialpolitisches.

Arbeitszeit der städtischen Arbeiter in Paris. Die französische Regierung hat kürzlich den Beschluß des Gemeinderathes von Paris vom 13. Juli 1895, betreffend die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter, genehmigt. Darnach werden diese monatlich angestellt und alle 14 Tage bezahlt. Für die Handwerker beträgt die tägliche Maximalarbeitszeit zehn, für die Aufseher, Thürhüter, Wächter usw. elf Stunden. Außer einem Ruhetag in der Woche haben alle ständig Beschäftigten je zehn Tage Ferien im Jahre unter Fortbezug des vollen Lohnes. Im Krankheitsfalle bezieht der Arbeiter den vollen Lohn während eines ganzen Jahres. Dauert die Krankheit länger, so wird untersucht, ob er noch weiter den ganzen Lohn oder einen Theil davon erhalten oder pensionirt werden soll.

Die Koalitionsfreiheit der vom Londoner Grafenschaftsrath beschäftigten Arbeiter ist kürzlich durch eine Resolution folgenden Inhalts sichergestellt worden: „Keine Maßregelung und Beeinträchtigung irgend welcher Art darf irgend einen für den Grafenschaftsrath schaffenden Arbeiter treffen, weil er einer Gewerkschaft oder einer anderen Organisation angehört oder auch nicht angehört. Kein Beamter oder Aufseher darf unter irgend einem Vorwand direkt oder indirekt Nachforschungen anstellen, um zu erfahren, ob ein Arbeiter einer Arbeiterorganisation angehört. Die Amtsentziehung wird über jeden Beamten oder mit der Aussicht Vertrauten verhängt, der sich herausnehmen sollte, in der bezeichneten Richtung die Freiheit der Arbeiter zu beeinträchtigen.“

Eine umfassende Reform der Invaliditäts- und Altersversicherung wird in einem der wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstages zugegangenen Gesetzentwurf durch den Abg. v. Blöb unterbreitet werden. Der Entwurf fordert zur Erlangung der Invalidenrente an Stelle des Nachweises einer Wartezeit und der Vorlegung von Quittungskarten nur den in jeder Form statthafter Nachweis, daß Jemand während vier Jahre vor dem Eintritt der Invalidität für die Zeit von 160 Wochen versicherungspflichtig beschäftigt gewesen ist. Die Beitragsmarke wird beibehalten und an Stelle des bisherigen rechnerischen Aufbaues der Rente wird ein Einheitsfuß gesetzt, der jedem Arbeiter nach dem Grade der Invalidität zuzufügen soll. Auch der Geschäftsgang soll wesentlich umgestaltet werden. Und endlich — wohl der einschneidendste Vorschlag — die Aufbringung der Mittel soll nicht mehr durch Beiträge erfolgen, sondern durch Steuern, die auf dem Einkommen basiren. Der betreffende Paragraph (14) des Gesetzentwurfes lautet: „Die Mittel zur Gewährung der Invalidenrente und des Heilverfahrens werden in folgender Weise aufgebracht: Das Reich vertheilt dieselben nach Maßgabe der Einwohnerzahl auf die Bundesstaaten, woselbst sie durch Zuschläge zu Staatssteuern, die auf dem Einkommen gegründet sind, erhoben werden. Die Einkommen unter M. 600 sind von diesen Zuschlägen frei zu lassen. Von jeder einzelnen Rente deckt das Reich im Voraus aus anderweitigen Mitteln den Betrag von M. 50.“

Die Verwaltungskosten der Versicherungsbehörden, Schiedsgerichte und Versicherungsanstalten werden von den Bundesstaaten getragen.“

Der Gedanke, von welchem Herr v. Blöb ausgeht, ist nicht neu. Schon vor Jahren hat im Reichstage der sozialdemokratische Abgeordnete Frohme den ganz bestimmten Vorschlag gemacht, die zu vereinheitlichende Arbeiterversicherung überhaupt auf eine nach dem Einkommen sich bemessende Umlage zu lassen. Er bezeichnete es als ein Unrecht, diejenigen, welche vom Ertrag der Arbeit ihren Zinsgenuß, ihre Börsenprofite u. haben, von den Lasten zur Arbeiterversicherung auszunehmen. Für diesen Gedanken hatte man in keiner der „staats-erhaltenden“ Parteien Verständniß.

Mecklenburgisches. Die merkwürdigen Zustände der beiden Großherzogthümer Mecklenburg spiegeln sich auch wieder in den soeben erschienenen Jahresberichten für 1895 des Gewerbeinspektors (Landbaumeisters) für diese Länder ab. „Gewerbeberichte finden sich nirgends, öffentliche Arbeitsnachweise sind nirgends vorhanden“, so heißt es u. A. in dem Bericht für Schwerin, und in demjenigen für Strelitz liest man über wirtschaftliche und sittliche Zustände der Arbeiterbevölkerung: „Auch hier ist bei dem geringen Bereiche wesentlich Neues nicht alljährlich zu berichten.“ Außerdem macht es, so sagt die „Soziale Praxis“, den Eindruck, als wenn der Aufsichtsbemante, dessen Eintreten für das Koalitionsrecht der Arbeiter aus dem großen Güstrower Streik von 1894 bekannt ist, mit wesentlich geringerer Freude und Liebe für die Sache als früher an die Richterstattung gegangen sei. Er theilt meist nur Einiges über die Formalien des Arbeiterschutzes mit, und verschiedene Stellen seiner Berichte sind punktiert. Sollte hier die Aufsichtsbehörde Streichungen vorgenommen oder sonst hemmenden Einfluß geübt haben? Immerhin sind doch nach der Zählung von 1895 die Arbeitsverhältnisse von 1319 erwachsenen Arbeiterinnen, 502 jugendlichen und 17 kindlichen Arbeitern — die Ziffer der erwachsenen männlichen Arbeiter wird noch immer nicht wieder mitgetheilt! — in beiden Staaten zu kontrolliren und die Zuder- und Ziegelindustrie im

Aufsichtsbezirk haben ihre Nachtheile, auf die alljährlich ausführlicher eingegangen werden könnte. Betreffs der Ziegelindustrie geschieht dies theilweise infolge der Anfrage des Reichstanzlers. Im Uebrigen hat der Beamte den größten Raum auf eine Darstellung der Schwierigkeiten verwendet, die sich wegen alter, landesgesetzlicher, eigentlich noch über die neuen Vorschriften hinausgehender, aber noch sehr wenig gehandhabter Sonntagsbestimmungen der Durchführung der neuen gewerblichen Sonntagsruhe entgegenstellen. Daß die reichsgesetzliche Regelung hoch an der Zeit war, belegt der Bericht unfreiwillig mit folgender Mittheilung: „Ein älterer Meister in einer Papierfabrik erzählte mir in Gegenwart des Unternehmers, und nicht etwa als eine Abnormität, über die er sich beklagte, daß er seit 17 Jahren keinen freien Sonntag gehabt habe.“

Gewerbegerichtliches.

Die Unzulänglichkeit der Innungs-Schiedsgerichte tritt immer schärfer hervor. Der „Münchener Post“ entnehmen wir die folgende charakteristische Mittheilung:

Vor dem Schiedsgericht der Baugewerbe-Innung sollte am vergangenen Montag Abend die Klage, welche mehrere Tagelöhner gegen den Baumeister Stöhr wegen Kontraktbruchs (Lohnreduzierung mit rückwirkender Kraft) anhängig gemacht haben, zum Austrage kommen. Die Verhandlung mußte jedoch vertagt werden, weil der Beklagte weder persönlich erschienen war, noch eine Vertretung geschickt hatte, da ihm durch Verschulden der Schiedsgerichtsschreiberei die Ladung zu spät zugeföhrt worden war. Der Vorsitzende des Schiedsgerichts bedauerte, daß durch die verspäteten Vorladungen, die schon mehrmals vorkamen, die Rechtsprechung durch einen Schiedspruch oftmals verzögert wurde. Die Kläger legten gegen die Verzögerung der Rechtsprechung, welche durch Verschulden der Gerichtsschreiberei entstand, ebenfalls Beschwerde ein, mit der Begründung, daß die Sachverständigengerichte in Deutschland behufs rascher Entscheidung in gewerblichen Rechtsstreitigkeiten in's Leben gerufen wurden, das Innungsschiedsgericht des Baugewerbes in München aber das Gegentheil erfalle.

Ludwigshafen. Gewerbegerichtswahlen. Bei der am Sonnabend und Sonntag stattgefundenen Wahl der Arbeitnehmer-Beisitzer wurden für die Liste der Gewerkschaften 1557 Stimmen abgegeben. Wegen der Ausichtslosigkeit auf Erfolg war eine Gegenliste garnicht aufgestellt. Bei der am Freitag vorgenommenen Wahl der Arbeitgeber-Beisitzer siegten diesmal die Gegner der Sozialdemokratie. Unsere Liste erhielt die gleiche Stimmenzahl wie bei der letzten Wahl, doch blieb dieselbe infolge der in's Werk gesetzten Manipulationen der biedereren Ordnungsmeter in der Minorität. Sämmtliche Innungen, Fabriken, der Gewerbeverein und der Himmel weiß was sonst noch Alles, wurde gegen die Umstürzler aufgerufen und ersporend „belehrt“, damit der Sieg der guten Sache nicht verloren gehe. Und sie haben gesiegt und gekämpft mit einer Begeisterung, die einer besseren Sache werth gewesen wäre; gleich doch das Ganze einem Schließen mit Kanonen auf Spaken. Diverse Mannlein erschienen immer wieder in einer anderen Eigenschaft, drei, vier und fünfmal an der Wahlurne; das Summirte charakterisirt aber auch den herrlichen Sieg, den die gestiftete Presse rühmend ausposaunt.

Literarisches.

Von Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter mit drei Karten, enthaltend ja. 2000 Fußreitertouren mit genauer Kilometerangabe der Ortsentfernungen, ist soeben die zweite Auflage erschienen. Nachdem in ja. 1 3/4 Jahren die erste bedeutende Auflage abgesetzt wurde, so ist dadurch die Brauchbarkeit des gut ausgestatteten Büchleins, das von den bedeutendsten Gewerkschaften Deutschlands bei Berechnung des Reisegeldes als Maßstab benutzt wird, gewiß erwiesen. Dasselbe dient auch als Tourenbuch für Radfahrer. Preis geb. M. 1.50. Zu beziehen durch J. Scherm, Nürnberg, Austraße 1 (auch gegen Briefmarken) und durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.

Die Hefte 49 bis 51 des Volks-Vexikon, herausgegeben von E. Wurm, Verlag von Wörllein & Co., Nürnberg, sind erschienen und enthalten folgende größere Artikel: Großbritannien. Geschichte. Arbeiterklassenbewegung in England. Trades-Unionismus. Literatur. Mit Hest 51 schließt der zweite Band. Demselben ist ein Register beigegeben, das über 20000 Stichworte enthält. Das Register ermöglicht das leichte und schnelle Auffinden der Stichworte. Zu dem zweiten Band hat die Verlagsbuchhandlung sehr geschmackvolle Einbanddecken herstellen lassen. — Alle 14 Tage erscheint ein Hest. — Das Volks-Vexikon kann durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs usw. und auch durch jede Postanstalt bezogen werden. Es ist im deutschen Postzeitungskatalog unter Nr. 7089 im bayerischen Postzeitungskatalog unter Nr. 772 eingetragen.

Ein königliches Wahl, ein Lied aus der Gegenwart, von Eduard Fuchs. 12. Auflage. Elegant ausgestattet, 20 S. 10 M. Verlag von M. Ernst, München. Menschenopfer unerhört hat wieder einmal der Zarismus gefordert. Die mit Blut und Greueln gedüngte Geschichte der russischen Kaiserdynastie ist bei der Krönung des regierenden Zaren um eine gräßliche Nummer bereichert worden. Die neue Schaulustigkeit ruff

die Erinnerung an ein Ereigniß im Frühling des Jahres 1893 wieder wach, von dem die Zeitungen berichteten: „Während der Reise des Zaren nach dem Süden verammelten sich unweit Charkow mehrere Tausend hungriger Bauern, um gegen die Mißbräuche zu petitioniren. Sie legten sich auf die Schienen nieder und weigerten sich, sich zu erheben, bis der kaiserliche Zug anlangte. Es entspann sich ein Kampf zwischen den längs der Bahnlinie postirten Soldaten und den Bauern, welcher den Tod von 15 Soldaten zur Folge hatte. 42 Bauern wurden entweder durch die Kugeln der Soldaten getödtet oder von dem kaiserlichen Zuge zermalmt.“

Diesem schaurigen Ereigniß galt die wichtige Dichtung, von der nun bereits die zwölfte Auflage vorliegt. Als ob es erst nach dem neuen Vorkommniß des Tausendmenschenopfers in Moskau der vor Entrüstung bebenden Feder des unerschrockenen Dichters entflohen sei, so lieft sich das Epos: eine schneidende und geharnischte Satyre auf den Menschen zermalmenden Absolutismus. Hier lieft gerechter Born in der Form lobernder Verse einen hinreißenden Protest gegen kulturunwürdige Zeitverhältnisse entstehen. Und wie die Dichtung den Herzton der Massen getroffen, beweist deutlich genug, daß heute bereits die zwölfte Auflage des „Königlichen Wahls“ vor uns liegt.

Die lustige Station. Briefe aus und über Wörlshafen. Von Quibam. So lautet der Titel einer Broschüre, die soeben bei Wörllein & Comp. in Nürnberg erschienen ist. Der Inhalt ist folgender: Zur Einleitung. Einiges über den Wunderort und seine Bewohner. Wie der Herr Prälat kurirt. Wie der Herr Prälat konvertirt. Wie der Prälat profitirt. Die lustige Station. Schlußwort. Zu beziehen ist die Broschüre durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs, sowie direkt vom Verlag Wörllein & Comp. in Nürnberg gegen Einlieferung von 70 M in Marken.

Quittung

der Hauptkasse des Verbandes der Zimmerleute und verwandten Berufsangehörigen Deutschlands über eingegangene Beiträge in der Zeit vom 1. bis 31. Mai 1896.

Berichtigung.

In der in der vorigen Nummer veröffentlichten Quittung über eingegangene Gelder für den Streifonds muß es heißen: Friedrichshagen M. 26,20. Ferner ist durch einen Druckfehler die Gesamtsumme falsch gerathen, es soll heißen: Summa M. 1320,10.

Ab. Römer, Hauptkassirer.

Quittung.

Beim Unterzeichneten gingen die folgenden Gelbbeträge für Anzeigen usw. ein:

- Baulsch-Berlin M. 6,40, Bippke-Berlin 6,40, Klever-Lübeck 2,40, Bahfelle Elmshorn 1,10, B. Bremen 1,80, B. Stettin 1,10, Eppendorf (R.-R.) —,80, B. Stettin —,80, B. Lüneburg 1,20, Niemejer-Hamburg 6,40, Ellerbrod-Hamburg 8,—, Münz-Danzig 2,10, Hamburg (R.-R.) 1,30, B. Konstanz 2,10, B. Langfuhr 6, B. Delmenhorst 1,20, Altona (Abonnement) 1,50, B. Kottbus 1,80, B. Kassel 2,70, Potsdam (Abonnement) 6, durch Kröpfla-Hamburg (Jahresinrate) 19,20, B. Weizburg 1,80, B. Bremen 1,20, B. Neumünster 2,40, B. Kellinghusen —,90, durch Liebt-Hamburg (Jahresinrat) 8, B. Stettin —,80, Halle (Abonnement) 1,80, B. München 4,50, B. Wandsbel 1, aus Dresden (Jahresinrat) 8, durch Dehmichen-Dresden 2,40, durch Scholz-Dresden 4,30, B. Stuttgart 3,60, Zürich (Abonnement) 3,65, Koblfs-Hamburg 5.

Barmbeck, am 3. Juni 1896.

August Bringmann.

Bekanntmachungen

der

Central-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer. (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg).

Bureau: Hamburg-Barmbeck, Hamburgerfr. 129, I.

Vom 1.—31. Mai erhielt die Hauptverwaltung aus den örtlichen Verwaltungen:

- Augsburg M. 80, Berlin IV 400, Berlin VI 400, Braunschweig 78 44, Wredow 100, Bremen 200, Breslau 100, Cassel 70, Charlottenburg 300, Düsseldorf 70, Elmshorn 50, Erfurt 100, Forstbach 40, Frankfurt a. M. 49 66, Freiburg 70, Gr. Lichtersfelde 80, Hamburg I 100, Hamburg-Barmbeck I 200, Hamburg-Barmbeck II 134, Hamm und Horn 100, Hermannsburg 100, Kiel 150, Kl.-Wienick 50, Königsberg 100, Lübeck 160, München 200, Potsdam 100, Preetz 70, Rudolfsstadt 40, Ruhrtort 120, Schlafen 42,40, Schönberg 300, Steglitz 40, Stuttgart 150, Wilhelmshaven 100, Würzburg 100. Summa M. 4503,50.

Vom 1.—31. Mai erhielten Zuzusch die örtlichen Verwaltungen:

- Achern M. 70, Altona 100, Braunschweig 30, Cölbe 100, Friedrichshagen 50, Gelsenkirchen 70, Gr.-Ottersleben 50, Hannover II 300, Heidingsfeld 50, Herbsleben 40, Ferne 66, Kaiserlautern 100, Kirchheim 30, Lauenburg 100, Mannheim 75, Weinigen 60, Wülshafen i. E. 150, Neumünster 100, Oberhausen 100, Osnabrück 100, Schröd 60, Telfin 30, Thorn 50, Weimar 50. Summa M. 1931. Etwaige Unrichtigkeiten sind sofort zu berichten.

Ausgeschlossen auf Grund des § 15 Absatz 4 des Statuts sind folgende Mitglieder:
 4372 (7381 und 10350) 2. Kl. Karl Schulz, geb. 19. April 1865 in Wentorf, 4770 (17963) 1. Kl. Emil Beermann, geb. 11. März 1864 in Berlin, 6448 (15524) 2. Kl. Ludwig Dittmann, geb. 8. März 1873 in Falkenwalde, 8059 (9883) 1. Kl. Heinrich Laufall, geb. 10. Oktober 1870 in Salzderfurth, 16290 (16294) 1. Kl. Wilhelm Deunichen, geb. 17. Juni 1867 in Frauenhorst, 19469 (2188), 1. Kl. Friedrich Schulze, geb. 21. Januar 1864 in Gehofen, 19568 (15294) 2. Kl., Julius Babbe, geb. 1. Januar 1872 in Dahme, 20711 (11072) 1. Kl. Rudolf Werner, geb. 1. Juni 1855 in Kuffh. Das Mitglied Gundlach (8184) hat 9 Wochen à 45 M., das Mitglied Hochberg (13269) hat 9 Wochen à 54 M. Nachzahlung zu leisten.
 Das Mitglied Keffert (1871) hat M. 3 Strafe zu zahlen.
Der Vorstand.

Berichtungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Berichtungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Beckh.** Sonntag, den 21. Juni, im Vereinslokal.
- Brandenburg.** Mittwoch, den 17. Juni, Abends 8 Uhr, auf der Herberge, Wollentwefersstr.
- Braunschweig.** Donnerstag, den 18. Juni, bei Everling, Döhlsläger 40.
- Charlottenburg.** Dienstag, den 16. Juni, bei E. der, Bismarckstr. 74.
- Cöpenick.** Sonntag, den 21. Juni, Nachm. 4 Uhr, bei Gaus.
- Cottbus.** Mittwoch, den 17. Juni, bei Gust. Vieht, Schloßplatz.
- Dortmund.** Dienstag, den 16. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, bei Höhny, Heiligegartenstr. 60.
- Deffau.** Sonnabend, den 20. Juni, Abends, in Volkdorfs Restaurant, Friederikensstr. 36.
- Düsseldorf.** Sonntag, den 21. Juni, Vorm. 11 Uhr, bei F. Drießen, Grafenbergerstr. 27.
- Eisenach.** Freitag, den 19. Juni, im „Fröhlichen Mann“, Abends 8 1/2 Uhr.
- Elbing.** Sonnabend, den 20. Juni, Abends 7 Uhr, im „Kaisergarten“.
- Frankfurt a. M.** Mittwoch, den 17. Juni, im „Rebflod“, Kruggasse 4.
- Friedrichshagen b. Berlin.** Sonntag, den 21. Juni, Vorm. 11 1/2 Uhr, bei Fuchs, Widtenberg, Dorfstr. 2.
- Gaarden.** Donnerstag, den 25. Juni, Abends 8 Uhr, bei Petersen.
- Groß-Lichterfelde.** Dienstag, den 16. Juni, Abends 8 Uhr, bei Senger, Kurfürstenstraße.
- Hamburg.** Dienstag, den 16. Juni, Abends 9 Uhr, im „Engl. Eivoli“, St. Georg, Kirchenallee.
- Herne.** Mittwoch, den 17. Juni, bei Grünwald, Bon der Heydstr.
- Lemgo.** Sonnabend, den 20. Juni, bei Brieloff, Mittelstraße 16-17.
- Lübeck.** Dienstag, den 16. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, bei Sparmann, Hundestr. 101.
- Magdeburg.** Sonnabend, den 20. Juni, Nachm. 4 Uhr, im „Passauer Hof“, Dultstr. 4.
- Münster.** Dienstag, den 16. Juni, Abends 8 Uhr, bei Brinmann.
- Plauen.** Dienstag, den 16. Juni, im Restaurant „Zur Tulpe“.
- Pirna.** Sonnabend, den 20. Juni, Nachm. 4 Uhr, im „Hermanns Lokal“, Weststr. 32.
- Vegeta.** Sonntag, den 21. Juni, Nachmittags 4 Uhr, im „Thüringer Hof“.
- Wolgast.** Sonnabend, den 20. Juni, bei Gastwirth Schulz.

Briefkasten der Redaktion.

* Folgende Berichte mußten wegen Raumangel bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden: Eisenach, Eisenach, Münster, Nürnberg, Soltau, Frankfurt a. D. und Vegeta.

Anzeigen.

(Auch Beschluß der Generalversammlung wird den Anzeigen der Kostenpreis in Klammern beigedruckt. Wir ersuchen nun, ohne weitere Aufforderung das Geld in Briefmarken unter der Adresse A. Bringmann, Hamburg-Barmbeck, Fehlfertstraße 28, l. Et., einzusenden. Von Zeit zu Zeit werden wir dann öffentlich darüber quittiren; dadurch werden ganz erhebliche Unkosten und auch ein groß Theil Arbeit gespart.)

Zahlstelle Bremen.

Mittwoch, 17. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, auf der Herberge:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Verschiedenes.
 Sämmtliche Mitglieder werden dringend ersucht, zu erscheinen. [M. 1,10] Der Vorstand.

Dresden.

Mittwoch, den 17. Juni, Abends 8 1/2 Uhr:

Mitgliederversammlung

im „Verein für Volksbildung“, Schöffergasse 23, l. Tagesordnung: Neuwahl des Vertrauensmannes und dessen Stellvertreters.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht [M. 1,10] Der Vertrauensmann.

Zahlstelle Essen a. d. Ruhr.

Sonntag, 21. Juni, Vorm. 11 Uhr:

Außerordentl. Mitgliederversammlung

bei Kempper, Rottstraße 18. Tagesordnung: 1. Berichterstattung der Delegirten vom Provinzial-Verbandstage. 2. Wie verhalten wir uns den Streikbrechern gegenüber? Kameraden, in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es nothwendig, daß Ihr Alle, Mann für Mann, erscheint! [M. 1,20] Der Vorstand.

Zahlstelle Berlin.

Am Sonntag, den 21. Juni, Vorm. 10 1/2 Uhr:

General-Versammlung

in den „Arminhallen“ (großer Saal) Kommandantenstraße 20. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl desselben. 3. Bericht des Kameraden Stehr über die Einigungsversuche der beiden hier am Orte bestehenden Organisationen. 4. Verschiedenes. Kameraden, in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es nothwendig, daß Ihr Alle, Mann für Mann, erscheint. [M. 2,20] Der Vorstand.

Den Mitgliedern der Bezirkszahlstelle II zur Kenntniß, daß laut Vorstandsbeschl. Kamerad Siegmann, Reichenbergerstraße 81, Du. III, bis zur Genesung des Kameraden Bachmann als Bezirkskassirer eingesetzt ist. [M. 2,20] D. D.

Club „Herwegh“

(Gesangverein der Zimmerer Hamburgs). Am Sonntag, den 14. Juni: **Großes Sommerfest** im „Barmbecker Kasino“ unter gest. Mitwirkung des Quartett „Othello“, verbunden mit Preis-Regeln und -Schießen für Herren, sowie Damen- und Kinder-Belustigungen. Abends 10 1/2 Uhr: **Gr. Brillant-Feuerwerk.**

Localverband Würzburg.

Sonntag, den 14. Juni 1896, früh 10 Uhr: im Verbandslokal, Sanderstraße 33: [90 M.]

Monatsversammlung,

zu welcher die Mitglieder der Verbände Versbach und Heidingsfeld eingeladen werden. Der Vorstand.

Fachschriften für die Baugewerbe.

Kataloge gratis und franko. Joh. Sassenbach, Bücher-Versand, Berlin 4.

Cyrenus Kagnak-Gastell. **Interimskassirer für das Geldkassendium des gesamten Hoch- und Tiefbauwesens.**

BAUWERBESCHULE

Der Voller, ca. 60 Briefe à 60 Pf. Der Baugewerksmeister, 120 Briefe à 60 Pf. Der Tiefbauzeichner, ca. 120 Briefe à 60 Pf. Jeden Sonnabend erscheint ein Brief. - Diese von Briefe und Fachwelt als unerreichbar dastehend bezeichnete Werke, die sich streng an den Lehrplan von Fachschulen anlehnen, geben in einfacher Darstellung, keinerlei besond. Vorkenntnisse voraussetzend, vollständ. Unterricht in sämtl. bautechnischen Lehrgängen, u. ermöglichen, von Stufe zu Stufe fortschreitend vermittelst dieser auf Grund reichster Erfahrung planmäßig angelegten Werke in überraschend leichter Weise die nöthigen Kenntnisse auf allen Gebieten des Bauwesens zu erwerben, um innerhalb des Berufes die höchsten Ziele zu erreichen. Durch jede Buchhandlung zu beziehen. Verlag von **Bonnes & Bachfeld,** Potsdam u. Leipzig.

Berichtslokale, Herbergen usw.

- Altona a. d. Elbe.** Berichtslokal und Herberge bei Kröger, Lohmühlenstraße 36.
- Berlin.** Berichtslokal bei Carl Fischer, Wilhelmstraße 37.
- Berlin, N.** Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60, Restauration.
- Berlin.** Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbelasse der Zimmerer.
- B. Bippel.** Markusstraße 14, Eingang Grünerweg.
- Berlin.** Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Kranken- kasse der Zimmerer.

- August Paulsch, W.,** Kulmsstr. 36. Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Gustav Glaue, W.,** Krausenstraße 18, Restauration und Arbeitsvermittlung für Zimmerer.
- C. Fürstenau, SO.,** Manteuffel-u. Reichenbergerstraßen-Ecke. Jeden Sonntag Vorm.: Zahlstelle des Verbandes 2. Bezirk, sowie d. Zentral-Krankenkasse d. Zimm. Zahlst. 5.
- Bergedorf.** Zentralherberge und Berichtslokal bei Joh. Weg, Zöpfertwiete 8.
- Breslau.** Berichtslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Oberstr. 3, „Grüner Firsich“ Zentralherberge „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.
- Charlottenburg.** Dienstag nach dem 1. u. 15. jed. Mon. Versammlung und Zahlabend der Zentral-Kranken- und Sterbelasse der Zimmerer. Arbeitsvermittlung, Berichtslokal und Zentralherberge bei Leber, Bismarckstr. 74.
- Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- u. Sterbelasse der Zimmerer bei E. Hohmuth, Krumme Str. 41, Ecke der Pestalozzistraße.**
- Danzig.** Berichtslokal und Zahlstelle des Verbandes Große Mühlengasse 9. Alle 14 Tage Versammlung der Zahlstelle des Verbandes und der Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse.
- Dresden.** Berichtslokal und Herberge: „Gasthof zum goldenen Faß“, Ränzgasse 3. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 2. Bezirk.
- Rehls Restaurant, Mittelstraße 6.** Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 1. Bezirk, sowie der Zentral-Krankenkasse, Zahlstelle I.
- Zimmermanns Restaurant, Schönbrunnstr. 1.** Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 3. Bezirk, sowie alle 14 Tage der Zentral-Krankenkasse, Zahlstelle II.
- „Deutsche Eiche“,** Striesen, Guttenstraße 1. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, IV. Bezirks.
- Essen a. d. Ruhr.** Berichtslokal bei J. Kepper, Rottstraße 18 („Volkstheater“).
- Friedrichshagen.** Verbandslokal und Herberge bei Max Verbe, Rundtbell. Jeden Sonntag nach dem 1. und 15., Nachm. 3 Uhr, Auflage.
- Hamburg.** Zentralherberge: **Wid** (vormals Diehl), Große Rosenstraße 37.
- Hamburg-Barmbeck.** Berichtslokal für Zimmerer Rud. Ellerbrock, Hamburgerstr. 134, gegenüber der Elbstraße.
- Hamburg-Barmbeck.** D. Niemeyer, Wandsbekerstr. 129, l. Et. Vermietung von Zimmerwerkzeug.
- Hamburg-Eilbek.** Berichtslokal für Zimmerer bei F. Witten, Wandsbeker Chaussee 156.
- Hamburg-Eimsbüttel.** Fr. Lemde, Berichtslokal Belle-Alliancestr. 49.
- Carl Heise, Berichtslokal, Eimsbütteler-Chaussee 74.**
- Hamburg-Neuenburgort.** Th. Koblitz, Wilshorner Köhrendamm 209, Keller. Berichtslokal f. Zimmerer.
- Hamburg-Winterhude.** Herzberg Wwe., Ohlsdorferstraße 7, part. Berichtslokal für Zimmerer.
- Hannover.** Versammlungslokal und Zentralherberge bei Volte, Neuestr. 27.
- Harburg.** Versammlungslokal der Zimmerer u. Zentralherberge bei Herrn Büfening, erste Bergstraße 7.
- Heilbronn.** Jeden Sonntag nach dem Lohntage, Nachmittags 3 Uhr, Versammlung. Berichtslokal, sowie Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbelasse der Zimmerer im „Gasthaus zur Roße“, Marktplatz.
- Herne.** Versammlungslokal und Herberge bei Grunewald, v. d. Haidestraße.
- Kellinghusen.** Herberge und Vereinslokal: S. Wrage, „Volkshalle“.
- Langfuhr.** Berichtslokal und Zahlstelle des Verbandes Münchauerweg 5c.
- Ludwigshafen.** Die Zentralherberge befindet sich in der Bismarckstraße Nr. 1.
- Leipzig.** Berichtslokal, Arbeitsnachweis, Fremdenherberge und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse im Univeritätskeller, Ritterstr. 7 (Zentral-Bericht der Gewerkschaften). Kassirer der Zentral-Krankenkasse: Joseph Frigisch, Leipzig-Neuditz, Leipzigerstr. 3, und August Kaiser, Friedrichstr. 41.
- Lübeck.** Berichtslokal: Fr. Spahrman, Hundestr. 101. Arb.-Nachw.: J. Strunk, Rosenstr. 14/8.
- München.** Das Berichts- und Versammlungslokal des Localverbandes bef. sich im „Passauer Hof“, Dultstr. 4. - Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Vormittags 10 Uhr, findet hier Versammlung statt, sowie Entgegennahme der Beiträge für die Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Pankow.** G. Gauert, Ecke Spandauer- und Schönhauserstraße Berichtslokal. Sonntags nach dem 1. und 15. jeden Monats, Nachm. 3-4 Uhr werden Verbandsbeiträge entgegengenommen.
- Rostock.** Berichtslokal für die Verbandsmitglieder und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei Wendland, Beguinenberg 10.
- Schwerin.** Berichtslokal und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbelasse: Gr. Moor 49.
- Stettin.** Berichtslokal u. Zahlstelle des Verbandes, sowie Zahlstelle der B.-R.-K. der Zimmerer bei F. Weißberg, Bismarckstr. 10. Zentralherberge: Gr. Laßabie 14.
- Stuttgart.** Zentral-Herberge u. Zahlstelle des Verbandes im „Gasthaus zum Firsich“, Firsichstr. 14. Berichtslokal u. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse Holzstr. 18.
- Wilhelmshaven.** Berichtslokal u. Herberge im Vereins- und Konzerthaus „Zur Arche“ in Pant. Arbeitsnachweis bei G. Gerdes, Neue Wilhelmshavenstr. 4.